Nr. 9 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 13. Januar 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen —: tarifliche Ermäßigung. :—

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Zaleskis außenpolitische Ziele

Polen schreitet konsolidiert zur Großmacht — Fortsetzung der Friedenspolitik — Für die Verständigung mit Deutschland — Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages — Kein Mißbrauch der Minderheitsrechte keine Grenzrevisionen

Festhalten an der Friedenspolitik!

Der polnische Außenminister hat seine längst angekündigte Programmrede damit begonnen, daß er, bezüglich der Außenpolitik, die Feststellung machte, daß alle polnischen Parteien gleich ihm und dem Regierungslager auf dem unabänderlichen Standpunkt beharren, die Grenzen Polens seien unantastbar und jeder Versuch von außen, hier eine Konzession zu erhalten, müßte mit einer Kriegserklärung beantwortet werden. Das bedurfte keiner besonderen Dokumentierung, und niemand zweifelt im Auslande daran, daß es so und nicht anders ist. Ob aber alle polnischen Parteien hinter dem Außenminister in anderen Fragen stehen, das darf man füglich bezweifeln, denn es bestehen gar zu gewaltige Unterschiede zwischen der Auffassung des Regierungslagers, den Nationaldemokraten und den übrigen Parteien des Sejms. Ohne Einschränkung darf gesagt werden, daß es jedenfalls dem polnischen Außenminister gelungen ist, im Auswärtigen Ausschuß die Hörer an seine Seite zu erhalten, denn es war ein wirklich großer Wurf der Ziele, die dem Außenminister vorschweben und vor der Genfer Völkerbundstagung immerhin im Ausland das notwendige Echo finden sollen. Wir müssen auch diese Rede unter diesem Gesichtspunkte betrachten, und dann ist es auch verständlich, wenn er selbst in der Presse nicht auf Widerstand stößt. Zudem ist ja bekannt, daß der polnische Außenminister für die internationalen Verhandlungen gedacht ist, während die Triebkräfte der polnischen Außenpolitik in anderen Händen ruhen. —

Man kann mit den meisten Punkten seiner Ausführungen in jeder Beziehung einverstanden sein, und es gibt eben auch Minister, die Entgleisungen als Wirklichkeit hinnehmen, was wir besonders, bezüglich der Minderheitsfrage, feststellen möchten. Wer so von oben herab der Meinung ist, daß es die Minderheiten in Polen gut und keine Ursache zu Beschwerden haben, so paßt diese Ausführung, unter dem Eindruck der deutschen Beschwerden und des ukrainischen Protestes, genau so, wie die Faust aufs Auge. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Minderheitsfrage nicht dauernd vor dem Völkerbund als Klagepunkt der Staaten gegeneinander erscheinen soll. Aber die Staaten, die den Völkerbund mit diesem Problem beschäftigen, haben es sehr leicht, solche Beschwerdefragen zu beheben, indem sie ihren Minderheiten diejenigen Rechte uneingeschränkt einräumen, die diesen durch die Friedensverträge und die in den Verfassungen garantierten Rechte zugesichert sind. Dann werden gewisse Staaten keine Ursache zu Beschwerden haben und die Minderheiten selbst werden froh sein, wenn sie ihr Dasein im Wohnstaat schützen müssen. Wir unterstreichen mit Nachdruck die Worte des Außenministers, daß die Minderheiten im eigenen Lande schon deshalb geschützt werden müssen, damit die polnischen Volksgenossen in ihrem Wohnstaat sich derselben Fürsorge und Rechte erfreuen, und darin sind wir einig. Aber es heißt, daß, wer den Frieden will, erst im eigenen Hause damit anfangen muß und wer die polnische Minderheitspolitik mit erlebt, der wird wohl ohne Zweifel zugeben müssen, daß wir davon noch sehr weit entfernt sind.

Der polnische Außenminister hat die Ratifizierung des polnisch-deutschen Handelsvertrages angekündigt und einige durchaus beherzte Worte gesprochen, über die wir uns aufrichtig freuen. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es auf die Dauer unmöglich ist, in Feindschaft mit einem Nachbar zu leben, mit dem so viele wirtschaftliche Bindungen bestehen. Aber diesem Wunsche nach Verständigung steht zum Beispiel in Oberschlesien der oberste Beamte der Wojewodschaft und sein Aufständischenverband im Wege. Eine Verständigung mit Deutschland wird nie zu erzielen sein, so lange es der Warschauer Regierung nicht gelingt, diese Widerstände aus dem Wege zu räumen und dadurch werden auch die Ausführungen des Herrn Zaleski zu einer schönen Geste. An seinem guten Verständigungswillen zweifeln wir keinen Augenblick, wohl aber an den Strömungen in Warschau, die in Grazynski und den Aufständischen die Retter Polens sehen. An dieser Stelle ist oft genug der Verständigung zwischen Deutschland und Polen das Wort geredet worden. Wir begrüßen die Worte des polnischen Außenministers bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen und sprechen nur den Wunsch aus, daß sie mehr bedeuten mögen als eine fromme Erklärung unter der Adresse Genfs.

Wir unterstreichen nochmals, daß wir uns sonst mit den Ausführungen des polnischen Außenministers solidarisieren und keinen Augenblick die antipolnischen Strömungen im Reich verkennen. Sie sind das lebhafte Echo der Deutschenhetze in Polen, und hier haben sich die Nationalisten absolut nichts vorzuwerfen. Aber wenn durch die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages ein neuer Kurs eingeschlagen werden soll, so werden wir für diese Schritte dem polnischen Außenminister stets dankbar sein und uns freuen, wenn seine Politik gute Früchte trägt. Mögen uns dann verschiedene andere Punkte seines außenpolitischen Programms weniger gefallen. Das Wort „Frieden mit ständigen Rüstungen“ ist aber ebenso gefährlich, wie das Spiel mit Verständigung, die in der Duldung der Hetze besteht.

—ll.

Warschau. Außenminister Zaleski gab am Sonnabend vormittag dem Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über

die allgemeine internationale Lage und die polnische Außenpolitik.

Im Mittelpunkt dieses Berichts stand die Erörterung und Befürwortung der vor 2 Tagen dem Sejm zur Annahme vorgelegten Verträge, die die Regierung mit einer Reihe von Staaten abgeschlossen hat. Hierbei hob der Minister besonders 14 Handelsverträge hervor, die ihrer Wichtigkeit halber eine schnelle Erledigung verdienten.

Es sind dies die Handelsverträge mit Frankreich, England, Deutschland, Portugal, Griechenland, Spanien und andere Staaten.

Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages erklärte Zaleski, obwohl durch Verfügung der Reichsregierung die ursprüngliche Grundlage des Vertrages geschmälert worden sei,

lege die polnische Regierung den Vertrag dem Sejm doch zur Ratifizierung vor, da sie Wert darauf lege, die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten herbeizuführen. Trotz gewisser Stimmen, die in dem deutsch-polnischen Zollkrieg eine Forderung der wirtschaftlichen Genügsamkeit Polens erblickten, sei die Regierung der Meinung,

daß sich unnormale Verhältnisse zwischen den Nachbarstaaten doch nur zum Schaden beider Teile auswirken müßten.

Weiter lege er Wert darauf, daß einige kleinere, aber wirtschaftlich nicht minder bedeutsame Abkommen vom Sejm in möglichst kurzer Zeit verabschiedet werden, so die deutsch-polnischen Grenzabkommen, die den reibungslosen Transitverkehr durch Pommerellen ermöglichen sollten, ferner auch die Schuldenregelungsverträge mit Frankreich, Italien und England.

Zaleski hob weiter die Friedenspolitik hervor. Die nunmehr im Sejm beschlossene Vertretung des Volkes biete eine ausreichende Grundlage dafür,

sich jedem Angriff auf die polnischen Rechte wirksam entgegen zu stellen.

Auf die allgemeine Weltwirtschaftskrise hinweisend, sah sich Zaleski mit einem deutlich erkennbaren Seitenblick veranlaßt, zu erklären,

daß die schlechte Wirtschaftslage gewisse Strömungen erzeuge, die die Tendenz verrieten, mit Hilfe politischer Mittel, die bestehenden Verhältnisse auf Kosten anderer Staaten zu ändern.

Diese Tendenz sei geeignet, die Welt in das größte Unheil zu stürzen. Dann kam Zaleski auf die Stellung Polens zum Völkerbund zu sprechen, mit dem Polen sehr eng verknüpft sei.

Den Gedanken einer Pan-Europäischen Union habe Polen mit großer Wärme aufgenommen.

Bezüglich der Abrüstungsaktion des Völkerbundes vertrat der Minister restlos den französischen Standpunkt:

Zuerst Sicherheit, dann Abrüstung.

Staaten, die eine radikale Abrüstung forderten, verkennen völlig den tatsächlichen Stand der Dinge. Die polnische Regierung würde den Beitritt Sowjetrußlands zum Abrüstungsabkommen begrüßen. Polen sei bestrebt, gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Sowjetrußland herbeizuführen.

Zum Schluß kommt der Minister auf das **Minderheitenproblem** zu sprechen und erklärte,

Polen werde sich jedem Versuch energisch widersetzen, die Rechte der Minderheiten für anderweitige Zwecke und staatsfeindliche Aktionen auszuschlachten.

Deutschland sei es, das diese Frage von der sachlichen Verhandlungsgrundlage auf das Gebiet einer allgemeinen politischen Aussprache übertragen möchte. Er zweifle daran, daß solche Versuche den Minderheiten dienlich sein könnten. Polen lege gegenüber der antipolnischen Aktion Deutschlands viel Geduld und kaltes Blut an den Tag. Doch dürfe man nicht vergessen, daß, wenn einerseits gehetzt werde, man von der anderen Seite keine Liebe fordern könne.



Vor der Aufhebung der Sklaverei in Liberia

Die Vereinigten Staaten haben an die Regierung der Negerrepublik Liberia eine Note gerichtet, in der sie auf das schärfste die Aufhebung der Sklaverei fordern, widrigenfalls sie mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen. In Verfolg dieses Schrittes ist der Präsident von Liberia, Dunbar Burgeß King zurückgetreten.

Die polnische Presse zum Zwischenfall in Oppeln

Warschau. Erst nachdem die deutsche Regierung wegen der Landung polnischer Flieger in Oppeln diplomatische Schritte in Warschau getan hat, hat die polnische Presse ihre gewohnte Sprache — natürlich in der üblichen Tonfärbung — wieder gefunden. Der deutsche diplomatische Schritt wird vom regierungsfreundlichen „Expreß Poranny“ als „unverschämter Lärm der deutschen Diplomatie“ bezeichnet.

Dieser Schritt, heißt es weiter, sei einer von den vielen lärmenden Schachzügen Deutschlands, die den Zweck haben, Polen bei dem Völkerbund zu diskreditieren.

Die polnische Regierungspresse stellt gleichlautend fest, die amtlichen polnischen Nachforschungen hätten ergeben, daß es sich lediglich um einen Zufall handele. Die betreffenden Landflugzeuge seien von Krakau nach Graudenz unterwegs gewesen und hätten sich infolge starken Nebels und Unwetters auf das deutsche Gebiet verirrt, wo sie notlanden mußten. Der Krakauer „Illustrierte Kurier“ bezeichnet die Erläuterungen der deutschen Presse zu dem Vorfall als niederträchtige Unterstellung und erklärt, daß auch die besten Flieger der Welt gelegentlich die Orientierung verloren hätten. Zum Schlusse fragt das Blatt: „Warum gab es denn kein Geschrei, als die englische Fliegerin Amy Johnson gleichfalls infolge Nebels gezwungen war, in Polen notzulanden?“ Die Logik, die hier zum Vorschein kommt, ist so „verblüffend“, daß sie allein für sich schon eine Antwort darstellt.

19 Verhaftungen in Breslau

Breslau. Bei der Ankunft des Reichskanzlers kam es, wie bereits gemeldet, zu größeren Kundgebungen gegen den Kanzler. Die Polizei, die wiederholt eingreifen mußte, konnte 19 Personen verhaften, von denen sich zwei wegen Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben werden.

Treviranus über das Ergebnis der Ostlandreise

Grünberg. Der Vertreter der Telegraphen-Union hatte Gelegenheit, den Reichsminister Treviranus am Schluß der Ostlandfahrt über seine Eindrücke zu befragen und insbesondere darüber, welches die nächsten Auswirkungen dieser Ostlandreise sein werden. Reichsminister Treviranus sprach sich durchaus zuversichtlich aus. Der Reichskanzler und seine Begleitung hätten eine Fülle von Anregungen erhalten, die nun in Berlin in ernster Arbeit durchgearbeitet werden müßten. Entscheidend aber für den wirklichen Erfolg dieser Reise werde sein, ob es gelungen sei, durch sie Regierung und Bevölkerung einander näher zu bringen, denn nur wenn Regierung und Volk zusammenständen und zusammenarbeiteten, werde es möglich sein, das gesteckte Ziel, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes und damit auch des deutschen Ostens, zu erreichen.

Rauschers Nachfolger

Geheimrat von Moltke.

Berlin. Wie verlautet, ist als Nachfolger des verstorbenen Gesandten Ulrich Rauscher als deutscher Gesandter in Warschau Geheimrat von Moltke, Dirigent in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, jetzt mit Sicherheit in Aussicht genommen.

Briand will strikte Neutralität Frankreichs in Genf wahren

Paris. Briand setzte am Sonnabend in einem Ministerrat, der zu der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf Stellung nahm, auseinander, daß Frankreich alles Interesse daran habe, in dem deutsch-polnischen Konflikt, der die französischen Interessen nicht berühre, strikte Neutralität zu wahren. — Wir erfahren dazu, daß der Ministerrat sich nach eingehender Aussprache dahin geeinigt hat, die Ueberweisung der deutschen Beschwerde an eine internationale Untersuchungskommission zu befürworten.

Abreise Hendersons nach Genf

London. Auf einer Versammlung in Manchester beschäftigte sich Außenminister Henderson mit den bisherigen „Leistungen" des Abrüstungsausschusses. Er werde am nächsten Dienstag nach Genf reisen, um dort den Vorsitz über die Sitzung des Völkerbundsrates zu übernehmen, der den Termin für die Abrüstungskonferenz festzulegen habe. Die Versammlung, an der auch der Gesundheitsminister teilnahm, beschäftigte sich im übrigen mit Fragen der Innenpolitik und verlief zeitweilig sehr stürmisch, so daß die beiden Minister sich mehrfach kaum verständlich machen konnten.

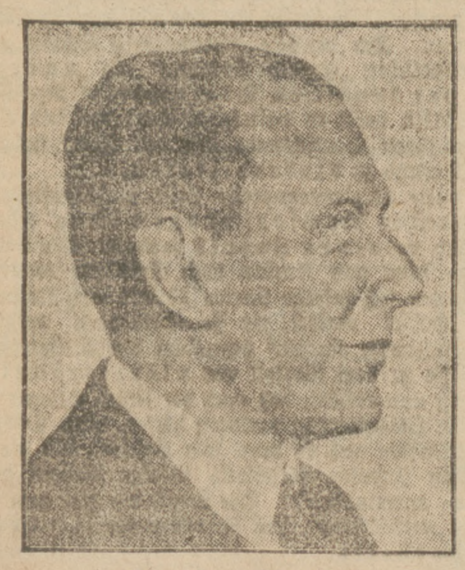
Loucheur über die Wirtschaftslage Frankreichs

Paris. Der Regierungsentwurf über die nationale Ausrüstung soll der Kammer am Dienstag vorgelegt werden Wirtschaftsminister Loucheur hat dem „Petit Parisien" eine Erklärung über die Regierungsvorlage abgegeben, in der es u. a. heißt, das Kabinett werde das Parlament ersuchen, die Vorlage unverändert in der Fassung der Regierung anzunehmen. Die Krise in Frankreich sei zum größten Teil eine Folge der allgemeinen Weltkrise. Wegen Mangels an Absatz und Aufträgen setze die deutsche Wirkwarenindustrie ihre Preise herab und überschwemme Frankreich mit Waren.

Was den Warenaustausch anlange, so müsse man zwischen den Jahren 1929 und 1930 einen Unterschied von 5 Milliarden Franken zuungunsten Frankreichs feststellen. Trotz der schwierigen Lage könne man jedoch auch von beruhigenden Erscheinungen sprechen. Die ausländischen Arbeitskräfte begönnen in ihre Heimat zurückzukehren. Am schwersten habe die Pariser Luxusindustrie, sowie die französische Textilindustrie zu leiden.

Die Greueltaten in der Provinz Kansu

Peking. Am Sonntag sind hier die ersten Nachrichten aus der Provinz Kansu eingetroffen, wo bekanntlich ein Aufstand gegen die chinesischen Zentralbehörden ausgebrochen ist. Nach einer Mitteilung eines amerikanischen Missionars an die chinesische Presse, der in seinem Wagen in Peking eingetroffen ist, schätzt er die Zahl der Toten auf 50 000. Wie weiter gemeldet wird, sind im Laufe von zwei Wochen durch die Aufständischen etwa 50 Dörfer vollkommen vernichtet worden. Die gesamte Bevölkerung wurde getötet, ihr Eigentum geplündert und die Häuser angezündet. Zwei christliche Missionare, die in der Provinz Kansu weilen, konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Weiter haben die Aufständischen einen chinesischen Bischof erhängt. Die chinesische Regierung hat nun in Nanking amtlich erklärt, daß die sofort eine Strafexpedition nach Kansu senden werde, um die Ordnung wieder herzustellen.



Claude Anet †

Im Alter von 52 Jahren ist in Paris der bekannte Schriftsteller Claude Anet, ein gebürtiger Schweizer, der mit wahrem Namen Johannes Schopfer hieß, gestorben. Seine bekanntesten Werke sind „Ariane, ein russisches Mädchen", „Eine ideale Reise in Italien" sowie die Dramen „Die verlorene Tochter" und „Mayerling".

Anklagen gegen das Innenministerium

Wie die Polizei für die Wahlen mißbraucht wurde

Warschau. Am Freitag wurden die Sejmarbeiten nach den Weihnachtsferien durch die Beratungen im Haushaltsausschuß wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand der Haushalt des Innenministeriums, dessen Ausgaben auf 252.4 Millionen Zloty vorangeschlagen wurden. Davon entfallen **allein 125 Millionen auf die Polizei und Grenzschutzkorps,** die u. a. neu bewaffnet werden sollen. Im Mittelpunkt der außerordentlich heftigen Aussprache standen die Mißhandlungen in Brest-Litowsk, Wahlmißbräuche und die Vorgänge gegen die Ukrainer in Ostgalizien unter dem allseitsbekannten Pazifizierungsmantel. Die Redner der Sozialisten, der Nationaldemokraten und der vereinigten Bauernparteien griffen das Innenministerium dafür an, daß es die Polizeiorgane zu Mißhandlungen von Abgeordneten, zur Terrorisierung der Bevölkerung und zu Wahlmachinationen rücksichtslos gebraucht habe, um auf diese Weise für die Regierung den gewünschten Erfolg zu erringen. Den Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung während der Reden der beiden ukrainischen Vertreter für die sogenannte „Pazifizierungsaktion in Ostgalizien". Abg. Matsszhak von der ukrainischen Sozialradikalen Partei schilderte in erschütternder Weise die Mißhandlungen, die von Polizei und Militärorganen an der ukrainischen Bevölkerung verübt wurden Wahllos und ohne jedes gerichtliche Urteil sei das ganze Volk für bis jetzt unaufgeklärte Sabotageakte verantwortlich gemacht und an ihm Rache genommen worden. Es seien Fälle vorgekommen, in denen die Bauern gezwungen wurden, das Hinterteil der Polizeipferde zu küssen. Allein die Tatsachen genügten der Regierung, um sie als Vorwand für ihre Vernichtungsaktion gegen die Ukrainer zu machen. Alsdann erklärte der Ukrainer Lucki von der Undo-Partei, die polnische Vernichtungspolitik habe im ukrainischen Volke lediglich Rachegefühle erregt und durch falsche und tendenziöse Unterrichtung der Oeffentlichkeit die Feindschaft zwischen beiden Ländern nur noch mehr vertieft. Hierbei erinnerte er an die internationalen Verpflichtungen, die Polen bei Anerkennung der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen eingegangen sei und worin Polen sich verpflichtet habe, den Ukrainern Autonomie zu geben. Er forderte sofortige Antwort des Ministers, ob die Regierung auch weiterhin gewillt sei, die bisherige Politik fortzusetzen. Zum Schluß versuchte der Innenminister, sich mit allgemeinen Redensarten über die Angriffe hinwegzusetzen und erklärte, daß die Angelegenheit von Brest-Litowsk demnächst im Rechtsausschuß zur Sprache kommen würde.



Der Reichskanzler in Oberschlesien

Die Ostdelegation der Reichsregierung in Gleiwitz. Stehend: Oberbürgermeister Dr. Geisler-Gleiwitz; zu seiner linken Hand Reichskanzler Dr. Brüning; daneben Oberpräsident Dr. Lukaschek und der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dr. Dorpmüller.

Vor einem neuen Ruhrstreik?

Ablehnung des Schiedsspruches auf 6prozentige Lohnkürzung — Die Gewerkschaften bereiten eine Aktion vor — Die Kommunisten für einen Generalstreik

Essen. Die Funktionäre der vier tarifbeteiligten Bergarbeiterverbände nahmen am Sonntag in stark besuchten Versammlungen zu dem Schiedsspruch für den Ruhrbergbau Stellung. Uebereinstimmend kamen die Versammlungen zu einer Ablehnung des Schiedsspruches.

Auch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hielt am Sonntag in Duisburg eine Schacht-Delegiertenkonferenz ab, deren Beschlüsse jedoch noch nicht vorliegen.

*

Duisburg. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) hatte im Namen der zentralen Streikleitung eine Zusammenkunft der Schachtabgeordneten in Duisburg angeordnet. Der Berichterstatter Wirkenhauer berichtete über die kommunistische Teilausstandsbewegung auf den Zechen des Ruhrbergbaues und bezeichnete den Streik als eine Generalprobe für die beginnenden Kämpfe und den neugegründeten kommunistischen Bergarbeiterverband als den Wachtposten der Sowjetunion in Deutschland.

Der Führer der kommunistischen Streikbewegung, Saefkow erklärte u. a.: Wenn man glaube, daß der Schiedsspruch eine zweite Streikwelle ausschließe, so habe man sich getäuscht. Saefkow kündigte eine neue Streikbewegung an. Als Aufgaben des neuen Verbandes bezeichnete er: Zertrümmerung der Gewerkschaften, Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau, Einreihung der Erwerbslosen in den Arbeitsgang und Wiedereinstellung der Gemaßregelten. Es handle sich um einen politischen Kampf und man werde dem „Polizeiterror" mit allen Mitteln zu begegnen wissen. Frauen und Kinder werde man vor die Zechentore stellen und die Erwerbslosen als Streikposten verwenden. Der Redner kündigte schon für Montag eine „neue Epoche des Klassenkampfes", den „Volkskampf gegen den Faschismus" an. Schließlich wurde der Gründungsbeschluß zur Gründung des neuen kommunistischen Bergarbeiterverbandes verlesen, der den Namen „Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands" führen und seinen Sitz in Essen haben soll.

Die blutigen Krawalle auf Luzon

Tayug zurückerobert.

Neuyork. Wie aus Manila (Philippinen) gemeldet wird, ist es den Truppen nach heftiger Gegenwehr gelungen, den Ort Tayug wieder zu nehmen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Von der nationalistischen Geheimsekte fielen vier Männer und drei Frauen. 35 Frauen ergaben sich. Die übrigen Mitglieder der Bande entkamen, nachdem sie die Kasernen, das Postamt und 10 Häuser niedergebrannt hatten.

Die neue Revolutionsbewegung auf Kuba

Neuyork. In den kubanischen Ostprovinzen ist eine neue revolutionäre Bewegung im Gange. Es soll angeblich bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und den Aufständischen gekommen sein. Das Verbot der Oppositionspresse ist offenbar erfolgt, um die Verbreitung alarmierender Nachrichten zu verhindern. Die Regierung hat allen Militärpersonen die Ausübung der Polizeigewalt übertragen. Die Armee wird in Bereitschaft gehalten, solange die Unruhen nicht beigelegt sind.

Franco soll sich vor dem Madrider Generalkommando verantworten

Paris. Die spanische Regierung hat dem geflüchteten Fliegerhauptmann Franco und seinem mit ihm aus dem Gefängnis entkommenen Begleiter Reyes eine Aufforderung zugestellt, sich innerhalb von 30 Tagen beim zuständischen Generalkommando in Madrid zu melden, um sich für ihre Flucht aus dem Gefängnis zu verantworten. Sollten sie der Aufforderung nicht Folge leisten, so werde gegen sie im Abwesenheitsverfahren verhandelt.

20 Arbeiter bei einem Tunnelbau in Kalifornien verschüttet

Neuyork. Nahe bei Livermore etwa 80 Kilometer östlich von San Francisco in Kalifornien sind beim Bau eines Tunnels durch einen Erdrutsch 20 Arbeiter verschüttet worden. Der Tunnel sollte in 700 Meter Tiefe angelegt werden. Die Hilfsarbeiten sind im Gange, jedoch besteht wenig Hoffnung auf Rettung der Verschütteten.



Der neue Präsident des Memeler Direktoriums

Otto Böttcher,

der Direktor der Landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgenossenschaft in Memel, wurde zum Präsidenten des Memeler Direktoriums ernannt. Böttcher steht der Landwirtschaftspartei nahe.

Lokaltermin in Golassowitz

Keine neuen Beweismomente erbracht — Lebhaftes Interesse der Bevölkerung — Die Entlastungszeugen sagen aus Gerüchte und Vermutungen

Ein Weltort entsteht

Den Sohrauern Aufständischen gebührt zweifellos das traurige Vergnügen, durch ihren Wahlbesuch das Dorf Golassowitz zu einer Weltbedeutung emporgehoben zu haben. Ueber die stillen Grenzen der Wojewodschaft hinaus wußte wohl kaum ein Mensch, daß es da auf der alten Piastenerde eine deutsche Kolonie gibt, deren Bauern in der Umgangssprache sich des oberschlesischen Dialekts bedienen, aber in Wesen und Kultur dem Deutschtum ihre Treue bewahrt haben. Bei einer normalen Entwicklung ohne nationalistische Beihilfe dürfte hier der Polonisierungsprozeß das erreichen, was man bei uns mit Hilfe der Aufständischen mit Gewalt durchzusetzen versucht. Wir freuen uns, deutsche Menschen im Kampf ums Dasein, umgeben von dem Machtstreben einer auferweckten Nation, hier anzutreffen, die geistig und wirtschaftlich an ihrer Kultur und ihrem Wesen festhalten wollen. Das wurde und wird ihnen wahrscheinlich sehr übelgenommen und weil sie ihr Dasein erhalten wollen, deshalb werden sie von einer Sorte unverantwortlicher Patrioten bedrängt. Wir wissen aus dem dritten Verhandlungstage in Rybnik, daß es also als ein staatsfeindlicher Akt angesehen wird, wenn Deutsche nicht einen polnischen Gastwirt unterstützen und den Fusel meiden, und wir wissen aus der gleichen Verhandlung, daß, wenn die Aufständischen einen Besuch abstatten, wobei Fensterscheiben zerschlagen, polnische Bürger ungesetzlich mit Haussuchungen bedrängt und zum Eid für die Wahl auf die Liste des Regierungsblocks unter Todesdrohungen gezwungen werden, für die Polizei kein Anlaß besteht, Strafantrag zu erheben, denn wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter, bezeugt unter Eid ein Vertreter der öffentlichen Sicherheit. Oeffentliche Schießereien sind erlaubt, wenn die Missetäter den Vorzug haben, dem Aufständischenverband anzugehören.

Das alles war bekannt, als man sich nach dem, in winterlicher Landschaft ruhig daliegenden Golassowitz begab. Mit gemischten Gefühlen, — denn etwas ist dunkel in diesem ganzen Prozeß. Die Besichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Stellen, wo sich alles zugetragen, läßt aber auch erkennen, wo der Haß begründet liegt. Die evangelische Gemeinde hat sich hier ein Gebäude mit Saal errichtet, für die Ortschaft Golassowitz ein Prachtstück und ein unerschütterliches Zeugnis des Fleißes und der Opferwilligkeit. Es steht ebenso den polnischen Evangeliken zur Verfügung, aber der Umkreis deutscher Menschen ist in der Mehrheit. Wir erfahren aus dem Prozeß, daß es dort so etwas wie einen evangelischen Männer- und Jungfrauenverein gibt, die vom Pastor und der Pastorin betreut werden. Aus Pflicht natürlich, was ihnen als Germanisation ausgelegt wird. Auf einem Hügel liegt die evangelische Kirche, ein Steinbau, Zeuge von Jahrzehnten. In der Luftperspektive von diesem Hügel sichtbar, die katholische Holzkirche, ein Wahrzeichen früherer Jahrhunderte. Deutsche und Polen haben hier immer friedlich zusammengearbeitet, bis der Nationalismus diesen Frieden sprengte und während der Aufstandszeit seine ganze Tragik offenbarte. Eine böse Erinnerung, die bis auf den heutigen Tag ihre Wirkung gelten läßt, und der Name „Aufständischer“ genügt an sich, um alten Haß auflodern zu lassen. In dieser Atmosphäre vollziehen sich Terrorwahlen in der Wojewodschaft, passieren Dinge, wie Hohenbirken und Eichenau, und wer glaubt da nicht, daß sich das Echo auch in Golassowitz geltend macht, wenn dort die Aufständischen erscheinen, bei friedlichen Bürgern Haussuchungen durchführen, der Amtsvorsteher versagt und die Polizei nichts unternimmt, um das Banditenpack aus dem Dorf hinauszuweisen. Wieviel Schuld immer auf die Angeklagten fallen mag, und welche Strafe ihnen immer zudiktiert wird, so lange man nicht die Urheber dieses Ueberfalls auf den Wachtmeister Schnapka feststellt und bestraft, fällt die volle Schuld auf jene, die den Aufständischen und ihren Taten freien Lauf lassen. Ohne den Besuch der Aufständischen in Golassowitz gäbe es heute auch keinen Mord am Wachtmeister Schnapka. Das wird als Kainszeichen über dem Prozeß von Golassowitz stehen.

Der Lokaltermin in Golassowitz konnte naturgemäß neue Momente nicht ergeben. Aus den Zeugenaussagen wissen wir so ziemlich alles, denn die Anklageschrift beschränkt sich auf die geständigen Täter und nicht auf die geistigen und moralischen Urheber dieser Tat. Die Bevölkerung indessen ist nicht der Ueberzeugung, daß die Angeklagten die ganze Schuld trifft. Gerüchte wollen Lichter in der Umgebung der evangelischen Pfarrei kurz vor dem „Ueberfall“ auf Schnapka gesehen haben, und der Kirchendiener als Zeuge sagt aus, daß er selbst noch nach dem Alarm drei Aufständische in der Nähe der Kirche gesehen habe, als er vom Turm stieg, die sich versteckten, als sie sein Licht sahen. Hinzu kommt der Umstand, daß der Säbel des Schnapka etwa 100 Meter vor der eigentlichen Ueberfallstelle vom Polizisten Janoschka und Blutspuren aufgefunden worden sind, man will Menschen gesehen haben, daß es den Anschein erwecken kann, daß Schnapka schon vor dem eigentlichen Ueberfall einmal angefallen worden ist, wo ihm auch die tödlich wirkende Wunde beigebracht worden ist. In diesem Prozeß geht man auf diese, doch hoffentlich auch dem Gericht bekannten Tatsachen, nicht ein und man kann sich leicht vorstellen, welchen Umfang die Gerüchte annehmen werden, wenn erst das Urteil gefällt ist. Bei den ganzen Vorgängen war der zweite Polizeiposten zu Haus und schlief den Schlaf des Gerechten, sein Sohn aber hat, nach zeuglichen Aussagen, alles gesehen und gewußt. Eine Verkettung von Umständen, die selbst nach Beendigung des Prozesses ihre Auswirkungen haben werden, abgesehen davon, daß die politischen Tendenzen dieses Prozesses Golassowitz noch recht lange in Erinnerung der öffentlichen Meinung behalten werden.

Fände sich jetzt ein geschäftstüchtiger Geist, der irgendwo eine Quelle entdecken würde, der er Heilkraft zuspricht, nach der politischen Vorbereitung könnte Golassowitz den heutigen Weltruhm verewigen und nicht zum Schaden der Menschen, die ihrem Volkstum die Treue bewahrt haben. Aber Verbrecher sind sie im patriotischen Jargon der Aufständischen doch und zwar selbst dann, wenn sie nicht den verhängnisvollen Mord auf sich genommen hätten, denn sie unterhalten in ihrem evangelischen Gemeindehaus eine private deutsche Minderheitsschule, und darin liegt ihre Staatsfeindlichkeit begründet und darum der unabänderliche Haß der polnischen Nationalisten, deren Brutstätte den Mord gezeugt hat. —ll.

Aufnahme der Verhandlungen

Gegen 10 Uhr war der eigentliche Aufzug des Gerichtshofes beendet, die Angeklagten sind aus Rybnik mit einem Polizeiauto nach dem Saale des evangelischen Gemeindehauses, unter einem großen Polizeiaufgebot, geschafft worden. Die Auffahrt der Autos setzte so ziemlich **das ganze Dorf in Bewegung**, und der Zuhörerraum des so zum Gerichtssaal gewordenen Gemeinderaumes war überfüllt. Hier ist ja so ziemlich alles Verwandtschaft, und mit den Zeugen und Angeklagten ist fast alles mehr oder weniger verbunden. Für die Schrecken vergangener Tage wird ihnen jetzt wenigstens eine Gerichtsszene zuteil, wobei es schwerlich anzunehmen ist, daß sich Zuhörer und Angeklagte überhaupt Rechenschaft abgeben, was denn eigentlich passiert ist. Den Angeklagten merkt man es nicht an und die Angehörigen glauben an das „Schuldig“ nicht, welches ja in toten Gesetzesparagraphen begraben liegt.

Zu Beginn der Verhandlungen stellt der Verteidiger **Dr. Bay** den Antrag, auf Vernehmung von Zeugen für verschiedene Umstände und ersucht um Richtigstellung, bezüglich des Zeugen **Dolezyk**, dessen angeführter Brief angeblich Anschuldigungen gegen Schnapka enthalten soll, daß sich in diesem Briefe nichts von Schnapka befindet, sondern die Vorwürfe den Angeklagten **Korchel** betreffen. Der Verteidiger stellt weiter Antrag auf Vernehmung von Zeugen, die beweisen sollen, daß sich der Angeklagte **Waclawik** während der ganzen Vorgänge im Gemeindehaus aufgehalten habe und ferner, daß er von den Aufständischen bedroht worden ist, als diese den ersten Besuch dem Gemeindehaus abstatteten. Ferner, daß Aufständische den Bauern **Mlynek** in seiner Besitzung aufgesucht, bei ihm eine Revision durchgeführt haben, ihn selbst dann in die Gastwirtschaft Kufieta gebracht haben, nachdem sie ihn in seiner Scheune antrafen und mit „Hände hoch“ abtransportierten. **In der fraglichen Gastwirtschaft mußte er schwören, daß er und seine Familie auf die Liste Nr. 1 stimmen werde.** Weiter, daß nach dem Alarm u. somit auch noch **nach dem Ueberfall, drei Aufständische in der Nähe der Kirche, in Uniform, gesehen worden sind.** Ferner, daß Aufständische auf der Chaussee den Bauern **Schymann** angerufen haben, daß er stehen bleiben soll und als er es nicht tat, **nach ihm geschossen wurde.**

Der Verteidiger begründete seine Anträge damit, daß sie auf den Verlauf der Ereignisse **von wesentlicher Bedeutung** sind. Diesen Anträgen **widersetzt sich der Staatsanwalt, weil angeblich die Aufständischen mit diesem Prozeß, beziehungsweise mit der Tat, nicht in Zusammenhang gebracht werden können** und im wesentlichen die bisherigen Zeugenaussagen die Schuld der Angeklagten erwiesen haben.

Das Gericht zieht sich sodann zur Beratung zurück und läßt die Zeugen, bezüglich Waclawik und der Aufständischen, die nach der Tat gesehen sein sollten zu, während die Tatsachen zum Fall Mlynek und Schymann, weil nicht mit dem Prozeß im Zusammenhang stehend, **abgelehnt** werden. **Damit ist die Schuldfrage der Aufständischen an diesem Vorfall eigentlich der Untersuchung durch den Gerichtshof entzogen.**

Hierauf wird der Kriminaloberkommissar **Jonderko** vernommen, der im Einzelnen die Vernehmung der Angeklagten und Zeugen schildert. Seine Aussagen ergeben keine neuen Momente, obwohl er feststellt, daß in seiner Gegenwart weder Aussagen erpreßt, noch die Angeklagten geschlagen worden sind.

Auf die Frage des Verteidigers Dr. Bay, ob er auch gegen die Aufständischen ein Verfahren eingeleitet habe, erklärt der Zeuge, daß dies nicht zu seiner Kompetenz gehöre.

Die Besichtigung der Ueberfallstelle.

Das Gericht begibt sich hierauf nach der Straße, auf welcher sich der Ueberfall auf Schnapka vollzog. Hier schildern die Angeklagte **Kubla und Watut** noch einmal die Vorgänge, wie sie sich abgespielt haben, wobei einer dem anderen die Schuld, zuerst geschlagen zu haben, zuschiebt. Die Angaben stimmen mit denen in der Anklage überein, wonach dann noch auf der Mordstelle Demonstrationen der Angeklagten vorgenommen werden, wie sich der Vorfall eigentlich abgespielt haben mag. Alle Angaben der Zeugen in den einzelnen Stellen werden nachgeprüft und die Richtigkeit festgestellt. Die Nachforschungen an Ort und Stelle ziehen sich Stunden hindurch hin, worauf gegen 2 Uhr eine Mittagspause eingelegt wird, womit auch draußen die Untersuchungen beendet sind.

Die weitere Vernehmung der Zeugen.

Nach der Mittagspause wird zunächst als Sachverständiger der **Kreisarzt Dr. Regalinski** aus Pleß vernommen, der die Obduktion der Leiche durchgeführt hat. Er stellte fest, daß die Leiche 18 Wunden aufgewiesen haben, von denen nur eine unmittelbar tödlich wirken konnte, und wenn innerhalb zwei Stunden ärztliche Hilfe dem Schnapka zuteil geworden wäre, seine Erhaltung am Leben möglich war. Der Tod, mußte nach etwa 2 Stunden, infolge einer Stichwunde am Halse, eingetreten sein, die mit einem Messer oder dolchartigen Gegenstand geführt worden ist. An der Stirn befand sich eine Schlagstelle, die den ersten Stirnknochen durchschlug und wahrscheinlich dem Ueberfallenen das Bewußtsein geraubt habe. Die anderen Wunden konnten mittelbar den Tod nicht verursachen. Auch der zweite Sachverständige **Dr. Karolczak** aus Sohrau weiß neue Momente nicht vorzutragen.

Der Zeuge **Paul Brudny** macht einen etwas beschränkten Eindruck, seine Aussagen sind nicht ganz klar. Es wird von der Verteidigung beantragt, um nachzuweisen, daß der Angeklagte Waclawik die ganze Zeit hindurch sich im Gemeindehaus befand und an den Vorgängen keinen Anteil nahm, was auch vom Zeugen bestätigt wird. Der Zeuge, der, wie gesagt, einen beschränkten Eindruck macht, verwickelt sich im Kreuzverhör in Widersprüche, die den Staatsanwalt veranlassen, einen Antrag **auf sofortige Verhaftung des Zeugen** zu stellen, weil er angeblich durch seine Aussagen den Sachverhalt verdunkeln wolle und weil schon andere Zeugen ein gleiches Verhalten an den Tag gelegt haben.

Vorher schon unterlief dem Vorsitzenden eine kleine Entgleisung, indem er sich unter der Adresse des Zeugen hinreißen ließ, zu sagen, **daß wohl der Eid bei den Evangelischen die gleiche Bedeutung habe, wie bei den Katholiken und sie sich an die Wahrheit gebunden fühlen.**

Der Verteidiger fordert **Protokollierung dieses Ausspruchs**, der Vorsitzende sagt zu, eine solche Bemerkung einzuflechten.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zurück und **lehnt den Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung ab, weil** weder eine Gefahr der Flucht des Zeugen, noch eine solche der Verdunkelung besteht. Dieser Vorfall macht jedenfalls auf den ganzen Prozeßgang einen erschütternden Eindruck, und man merkt deutlich, daß die Vernehmung **einem Martyrium gleicht**, obwohl keinen Augenblick daran gezweifelt werden kann, daß der Vorsitzende außerordentlich bemüht ist, die Erforschung der Ursachen objektiv durchzuführen.

Der Zeuge **Borutta** sagt aus, daß er Waclawik die ganze Zeit in seiner Umgebung gesehen habe und soweit er es feststellen kann, **habe W. das Gemeindehaus nicht verlassen.** Als der Angeklagte Waclawik aufgefordert wurde, den Schwerverwundeten Schnapka mit ins Gemeindehaus schaffen zu helfen, lehnte er dies ab, weil er mit dem ganzen Vorfall nichts zu tun haben wolle. In ähnlicher Richtung bewegen sich die Aussagen des nächsten Zeugen **Johann Pollok**, der seine Aussagen auch bei der Konfrontierung mit der Zeugin Fuchs aufrecht erhält.

Die Zeugin **Maria Leschak**, Schwester des Angeklagten Waclawik, erklärt, in der Wohnung des W. gewesen zu sein, als die Aufständischen an die Tür des Gemeindehauses geklopft haben und dort eindrangen. Die Aufständischen in Uniform haben ihr gesagt, daß sie **W. an einem trockenen Ast aufhängen** werden und mit ihm sowieso abrechnen, wenn er nicht auf die Liste 1 wählt oder wenigstens Wahlenthaltung übt. Dann begab sie sich später nach Haus und weiß von den späteren Vorgängen nichts.

Der Zeuge **Wilhelm Kubla** hat gesehen, wie die Aufständischen in einem Auto die Chaussee entlang gefahren sind, Lieder sangen und schossen. Er war am fraglichen Tage bei der Uebungsstunde des Posaunenchors, weiß aber neue Momente nicht zu berichten.

Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge gibt der Zeuge **Georg Koziol**, der zunächst gesehen hat, daß sich Aufständische singend in der Richtung Pilgramsdorf begaben. Er selbst ist, auf den Alarm hin, nach Golassowitz mit dem Angeklagten Brzesek gekommen und blieb zurück, als er den Lärm unter dem Gemeindehaus gehört habe, um abzuwarten, was es eigentlich ist. Der Angeklagte Brzesek hat sich erst nach dem Lärm, als alles ruhig war, von ihm entfernt und erzählte ihm nach seiner Rückkehr, daß man einen Schornsteinfeger erschlagen habe. Sodann begab er sich ins Gemeindehaus und sagte aus unbestimmten Gefühlen heraus, daß man, ob so oder so, schlecht gehandelt habe, wenn ein Mensch überfallen worden ist. Nach seiner Meinung kann der **Angeklagte Brzesek an dem Ueberfall nicht beteiligt** sein, da er ja erst nach Eintreten der Ruhe sich zu der Lärmstelle begab.

Der Zeuge **Gatner** weiß keinerlei neue Momente zur Sache selbst auszusagen.

Der Kirchendiener **Orzczak**, der nunmehr vernommen wird, erklärt, daß er, alter Gewohnheit folgend, die ihm bei der Anstellung als Auftrag gegeben worden ist, beim Erschallen der Bläserstimmen zwar geschlafen habe und als ihn seine Frau weckte, er sich nach dem Glockenturm begab und dreimal Schläge auf die Glocken vollzog, **was Feuermeldung außerhalb der Ortschaft bedeutet.** Diesen Auftrag habe er bei der Anstellung vom Zeugen Lux erhalten. Weder der Pastor, noch sonst jemand, habe ihm für diesen Tag einen besonderen Auftrag hierzu gegeben, die Einladungen zur Uebung des Posaunenchors habe er vom Organisten Baldiga erhalten und sie standen in keinem Zusammenhang mit den Vorgängen, die sich am späten Abend dann ereigneten. **Zeuge will drei Aufständische im Lichte der Karbidlampe gesehen haben, als er den Feueralarm schlug und sich vom Kirchenturm hinabbegab. Als diese das Licht erblickten, versteckten sie sich angeblich bei dem Denkmal, welches sich unmittelbar der Kirche befindet.**

Seine Angaben, bezüglich der Aufständischen, die in Uniform sein sollten, werden bestritten, er habe davon jedenfalls keine Aussagen vor den vernehmenden Beamten gemacht, sie nicht zu Protokoll gegeben. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung, die wiederum vom Kriminaloberkommissar Jonderko und dem Kommandanten Preisner bestritten werden. **Mit dem Zeugen ergeben sich weitere Differenzen,** weil er behauptet, bei der polizeilichen Vernehmung schlecht behandelt worden zu sein. Eine Aufklärung in dieser Richtung war, trotz Konfrontierung, nicht möglich.

Ein weiterer Zeuge **Anton Naiwa** will mit einem gewissen Tekla im Gasthaus Kufieta gehört haben, daß Fensterscheiben im Gemeindehaus eingeschlagen worden sind und daß dort gesprochen wurde, möge alles zum Teufel gehen, die Polen werden doch alles bezahlen.

Auf Antrag des Staatsanwalt wird der Zeuge Dolezyk, bezüglich des Schornsteinfegers vernommen und dieser stellt fest, daß in Golassowitz der Schornsteinfeger in diesen Monaten zwischen dem 15. und 30. kommt und zwar monatlich nur einmal.

Damit war der Lokaltermin beendet, die nächste Verhandlung findet in Rybnik am heutigen Montag um 9 Uhr, statt.

Beschwerde des „Deutschen Volksbundes" an den Völkerbund

Der Leidensweg der deutschen nationalen Minderheit — Träger und Schürer des Terrors in der Wojewodschaft — Die Landesbehörden verweigern jeglichen Schutz der Minderheit — Unbeantwortete Beschwerden

Auf Grund des Artikels 147 G. K. beehren wir uns, dem Völkerbundsrat die nachstehende Eingabe zu unterbreiten.

Schon einmal war die deutsche Minderheit Polnisch-Oberschlesiens gezwungen, den Völkerbundsrat wegen der Sicherheitsverhältnisse anzurufen. Wir dürfen uns auf unsere Eingabe vom 19. Mai 1928 und auf ihre Behandlung durch den Rat in seiner Sitzung vom 8. September 1928 beziehen. (Journal Officiell S. 1489 ff.) Seither war eine Besserung eingetreten. Einzelerscheinungen sollen außer Betracht bleiben.

In den Monaten Oktober und November 1930 hat eine planmäßige gewaltige Verfolgung der deutschen Minderheit stattgefunden. In mehreren hundert Fällen wurden strafbare Handlungen gegen das Leben, die Sicherheit und das Eigentum von Angehörigen der Minderheit verübt.

Die Behörden haben keine wirksamen Maßnahmen zum Schutze der Minderheit getroffen und den Minderheitsangehörigen keine Sicherheit gewährt. In zahlreichen Fällen haben sich Beamte an den Ausschreitungen beteiligt. Mehrfach sind schutzsuchende Minderheitsangehörige von Beamten verächtlich behandelt worden.

In Teil 3 geben wir eine ortschaftsweise und zeitlich geordnete Uebersicht der uns bekanntgewordenen Terrorfälle und Uebergriffe. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Viele betroffene Personen unterlassen aus Furcht vor weiterer Verfolgung jede Meldung oder bitten aus dem gleichen Grunde, die Verwendung ihrer Angaben zu unterlassen.

Die übergroße Mehrzahl der Fälle wurde in Eingaben gemäß Artikel 585 G. K. dem Herrn Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien unterbreitet. Abschrift dieser Eingaben hat der Herr Polnische Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission erhalten. Der Herr Präsident hat eine große Anzahl der betroffenen Personen vernommen. Sollten unsere Angaben zweifelhaft erscheinen oder bestritten werden, so bitten wir, das Ergebnis dieser Beweisaufnahme einzuholen.

Es gibt Organisationen, deren Aufgabe der Kampf gegen die deutsche Minderheit mit dem Ziele der Entdeutschung Polens ist. Diese Organisationen benutzen jede Gelegenheit zur Aufreizung der nationalen Leidenschaften.

Im August 1930 behandelte der deutsche Reichsminister Treviranus in einer Wahlrede die Möglichkeit der friedlichen Revision der deutschen Ostgrenzen auf Grund des Artikels 19 des Völkerbundspakts. Diese Rede, in Verbindung mit der Erörterung der Grenzrevisionsfragen in der internationalen und in der reichsdeutschen Presse, löste in Polen eine Gegenbewegung aus. In Wort und Schrift, in Interviews, in Versammlungen, in der Presse, in Gemeindevertretungen usw. wurde erklärt, daß das Aufrollen der Revisionsfrage den

Krieg zwischen Polen und Deutschland

bedeute. In diese Atmosphäre fiel die Auflösung des Warschauer Sejm, des Senats, des Schlesischen Sejm und die Ausschreibung der Neuwahlen für diese Körperschaften. Der Kampf gegen die Grenzrevisionsbestrebungen wurde jetzt

Wahlprogrammpunkt.

Die deutsche Minderheit wurde bezichtigt, die Forderung der Grenzrevision sich zu eigen gemacht, und damit ihre Loyalitätspflicht gegenüber dem polnischen Staate verletzt zu haben.

In der Wojewodschaft Schlesien wurde für die Zeit vom 19. bis 26. Oktober 1930 eine

antideutsche Woche

veranstaltet und in der Presse und in Plakaten (S. 3) dazu aufgerufen. Dieses Plakat wurde auch in öffentlichen Gebäuden angeschlagen. So hing es im Amtsgebäude der Schlesischen Wojewodschaft und in der Haupthalle des Bahnhofsempfangsgebäudes in Katowice aus.

Mit der antideutschen Woche begann die systematische Verfolgung der deutschen Minderheit.

Das Verhältnis der deutschen Minderheit zum Staate

Die Einstellung der deutschen Minderheit zur Revisionsfrage erweist die Rede des Vorsitzenden des Deutschen Klubs, Abgeordneten Dr. Pant, im Schlesischen Sejm vom 10. September 1930 (S. 5.)

Die Einstellung der deutschen Minderheit zum Staate und ihre staatsbürgerliche Auffassung ergeben die Rede des Abgeordneten Dr. Pant im Schlesischen Sejm vom 23. Juni 1930 (S. 6, 7), und der Wahlaufruf der Deutschen Wahlgemeinschaft vom 15. Oktober 1930. (S. 8.)

Die Schritte bei den Landesbehörden

Der Wahlaufruf des Hauptvorstandes des Verbandes Schlesischer Aufständischer in der „Polska Zachodnia" vom 3. Oktober 1930 (S. 9, 10), der Aufruf zu der antideutschen Woche, die Schreibweise der offiziösen Presse und die dadurch und in Versammlungen gegen die deutsche Minderheit immer schärfer aufgereizte Stimmung veranlaßten die Abgeordneten Dr. Pant und Rosumek, am 18. Oktober 1930 den Wojewoden Herrn Dr. Grazynski mündlich um

Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheit

zu bitten. Der Herr Wojewode erklärte, daß die Sicherheit der deutschen Bevölkerung gewährleistet sei.

Nach den Vorkommnissen in der Zeit bis zum 30. Oktober 1930, die bereits das Versagen der Polizei erkennen ließen, wollten die Abgeordneten Franz, Rosumek und Kowoll dem Herrn Wojewoden erneut den Ernst der Situation mündlich vortragen. Nach fast zweistündigem Warten wurden sie an den Leiter des Präsidialbüros oder auf den Weg der schriftlichen Eingabe verwiesen. Die Abgeordneten haben auf diesen Schritt als unzweckmäßig verzichtet und am 1. November 1930 an den Herrn Innenminister das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Am 18. Oktober haben die früheren Abgordneten Dr. Pant und Rosumek den Herrn Schlesischen Wojewoden auf die Gefährdung der deutschen Bevölkerung in der Wojewodschaft durch die Veranstaltung einer antideutschen Woche hingewiesen. Der Herr Wojewode hat versichert, daß die Polizei jede Ausschreitung verhindern werde.

Seither wurden viele friedliche Deutsche öffentlich und in ihren Wohnungen überfallen, schwer mißhandelt und an ihrem Leben bedroht. In einem Falle unter Verwendung von Schußwaffen. Selbst Frauen werden nicht geschont. Fensterscheiben werden eingeschlagen. Die allgemeine Unsicherheit wird durch die täglichen Drohungen der Presse noch verschärft. Von polizeilichem Schutz ist nichts zu merken. Die deutsche Bevölkerung fühlt sich schutz- und rechtlos dem Terror ausgeliefert.

Der Versuch, dem Herrn Wojewoden den Ernst der Lage und die Notwendigkeit sofortiger Abhilfe persönlich darzustellen, ist mißlungen. Er hat uns nicht empfangen. Wir bitten deshalb Sie, Herr Minister, für den Schutz der deutschen Bevölkerung sofort wirksame Maßnahmen zu treffen."

Antwort ist nicht ergangen.

Erst als diese Schritte bei den staatlichen Behörden ohne jeden Erfolg blieben, und erst als die Verfolgung der deutschen Minderheit immer rücksichtsloser und brutaler wurde, rief der Deutsche Volksbund als die Rechtsschutz-Organisation der deutschen Minderheit auf Grund des Artikels 585 G. K. am 18. November 1930 den Herrn Präsidenten der Gemischten Kommission an.

Die Träger und die Schürer des Terrors

a) Der Verband Schlesischer Aufständischer.

In fast allen Terrorfällen ist die Beteiligung von Aufständischen in Uniform oder Zivil erwiesen; in anderen behaupten die Betroffenen fast immer, daß Aufständische die Täter waren.

§ 5 der Satzung des Aufständischen-Verbandes lautet:

Die Aufgaben des Verbandes:

a). Fürsorge...

b) Stärkung der nationalen Kräfte durch Erziehung der Mitglieder zur Zucht, zur moralischen und physischen Tüchtigkeit, durch Pflege des staatsbürgerlichen Geistes in sozialer Arbeit und durch militärische Ausbildung;

c) kulturell-wissenschaftliche Tätigkeit.

§ 66 lautet:

Die Kompetenz und die Rechte des Hauptvorstands:

j) die Aufrechterhaltung eines regen Kontakts mit den maßgebenden Behörden und die Anpassung der Arbeiten an die gesetzlichen Vorschriften.

§ 68 lautet:

Der Verband unterstellt sich der Kontrolle der kompetenten Behörden und untersteht in militärischen Angelegenheiten den Militärbehörden.

Der Schlesische Wojewode, Herr Dr. Grazynski, ist Ehrenvorsitzender des Verbandes. Er nimmt an seinem Leben regsten Anteil. Seine Reden auf den Verbandstagen vom 16. September 1928 (S. 11—13) — erst am 8. September 1928 hatte Herr Minister Zaleski vor dem Völkerbundsrat eine wesentlich andere Erklärung über den Charakter und die Aufgaben des Verbandes abgegeben — und vom 14. September 1930 (S. 14—16) zeigen seine enge Verbindung mit dem Verbande.

Die Mitglieder des Verbandes haben die Befugnis,

Uniform und Waffen

zu tragen. Sie veranstalten militärische Uebungen, zu denen öffentlich aufgerufen wird, und zu denen sie Schußwaffen und Munition von der Polizeibehörde erhalten. (S. 17.)

Der Verband bezieht finanzielle Unterstützungen vom Staate und von vielen schlesischen Kommunen. Seine Mitglieder genießen Vergünstigungen bei der Zuweisung von Verkaufsstellen der staatlichen Monopolerzeugnisse und andere Vorteile.

Aus der bevorzugten Stellung des Verbandes und aus den Beziehungen, die zwischen den Staatsbehörden und ihm satzungsmäßig und tatsächlich bestehen, ergibt sich eine unmittelbare Verantwortlichkeit der Staatsbehörden für die Tätigkeit des Verbandes und seiner Mitglieder.

Der Verband Schlesischer Aufständischer hat als Ziel des Wahlkampfes die

Vernichtung der deutschen Minderheit

proklamiert und seine Absicht unter Anwendung brutalster Mittel zu erreichen versucht.

Vor allen politischen Parteien trat der Hauptvorstand des Verbandes Schlesischer Aufständischer am 3. Oktober 1930 mit einem Wahlaufruf an die Oeffentlichkeit. (S. 9—10.)

„Kein einziger Abgeordneter der nationalen Minderheit darf in die Parlamente einziehen."

Das Hauptaugenmerk wird auf die „Agenten Berlins" gelenkt. „Laßt nirgends diejenigen zu Worte kommen, welche zum Schaden der Regierung und der Republik tätig sind."

„Den Feinden Polens und der Regierung zeigt Eure starke Faust des schlesischen Aufständischen."

Dieser Aufruf ist noch ziemlich allgemein gehalten. Er wendet sich auch gegen die polnischen oppositionellen Richtungen. Aber schon jetzt ist das Vorwiegen der antideutschen Tendenz deutlich.

Unter dem 10. Oktober 1930 erläßt der Kreisvorstand Rybnik sein Rundschreiben Nr. 8 (S. 18): „Erlaubt nicht die Abgabe auch nur einer einzigen deutschen Stimme." Das Martyrium der deutschen Minderheit im Kreise Rybnik ist die Folge dieser Anweisung (S. 81 ff).

Anfang November 1930 gehen tausende gedruckter Drohbriefe (S. 19) an Angehörige der deutschen Minderheit. „Wir bemerken, daß wir nach den Wahlen Ihnen gegenüber die schärfsten Maßnahmen anwenden werden, falls Sie es wagen sollten, Ihre Stimme für die Liste des kämpfenden Deutschlands abzugeben, das Schlesien von Polen loszureißen beabsichtigt."

In der Nacht zum 9. November 1930 wird im Gebiete der Wojewodschaft in tausenden von Stücken das Wahlplakat (S. 21—25) des Aufständischenverbandes öffentlich angeschlagen, auch an solchen Stellen, an denen das Plakatieren behördlich verboten ist.

Das Wahlplakat ist in Bild und Wort

Aufreizung zum Haß

gegen das Deutschtum. Es ist die Proklamation des

systematischen Terrors

gegen die Angehörigen der deutschen Minderheit. Der Aufruf trägt die Unterschrift von zahlreichen Beamten. Auf diese Tatsache kommen wir noch zurück.

Am 19 November 1930 veröffentlicht der Verband einen Aufruf (S. 26. 27), in dem der polnische Sieg über das Deutschtum gefeiert wird. Für die Woche bis zum 23. November wird zu „weiterer Arbeit" aufgefordert. Die Wahl der Volksbundliste bedeute den Verrat Polens.

Am 27. November 1930 veröffentlicht der Verband einen Appell (S. 28, 29), in dem erneut der Sieg über das Deutschtum gefeiert und den Aufständischen für ihre „aufopferungsvolle Aufklärungsarbeit" gedankt wird. Der Vorwurf des Terrors wird zurückgewiesen. Zum Schluß wird „zu harter und systematischer Arbeit", aufgefordert, um „das Uebel radikal dort zu entfernen, wo es noch geblieben ist."

(Schluß folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der „ritterliche" Hauptmann

In der polnischen Presse will die Brestschande nicht mehr verstummen. Jeden Tag kommen neue Einzelheiten zur Veröffentlichung, desgleichen auch neue Proteste, die von allen Gebieten des polnischen Staates nur so regnen. Selbst treue Sanacjaanhänger wollen nicht schweigen, sondern protestieren in bewegten Worten gegen Brest, gegen die unmenschliche Behandlung der gewesenen Sejmabgeordneten, gegen die Entwürdigung der unglücklichen Opfer, die dort monatelang gesessen und schlimmer als Tiere behandelt wurden. Wegen Raummangels ist es uns nicht möglich, alle diese Einzelheiten zur Veröffentlichung zu bringen und wir müssen uns auf das Allernotwendigste beschränken.

Die Sonnabendausgabe der „Polonia" bringt ein Bild eines Hauptmanns Kasimir Kaciukiewicz und einen Artikel über die Rolle des „ritterlichen" Hauptmanns zur Veröffentlichung, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten können. Freilich müssen wir die volle Verantwortung für den Artikel der „Polonia" überlassen, zumal wir weder den Hauptmann Kaciukiewicz, noch seine „ritterlichen" Taten von Brest kennen. Die „Polonia" schreibt:

Lange Zeit bemühte man sich vergebens, die Identität des Gendarmeriehauptmanns, der die Brester Gefangenen besonders geschunden hat, festzustellen. Man war der Ansicht, daß er Adam Sokolowski hieß. Vielleicht hat er in Brest diesen Namen getragen. Das ist möglich. Es wird erzählt, daß die Brester Aufseher sich freiwillig zu diesem Dienst gemeldet haben. Endlich ist es uns gelungen, das Bild und den richtigen Namen des betreffenden Hauptmanns, der die Gefangenen besonders schikanierte, herauszubekommen. Er heißt Kasimir Kaciukiewicz.

Der Hauptmann Kaciukiewicz war bis Ende August in Thorn stationiert und meldete sich von dort nach Czortkow ab, wo sein Schwiegervater wohnt. In Czortkow war er nicht gewesen, denn er erfüllte seine „Mission" in Brest-Litowsk. Kaciukiewicz ohrfeigte die Sejmabgeordneten Baginski und Kohut und gehörte dem „Trio" an, mit Biernacki an der Spitze, das vor jeder „Leibesvisitation" der Gefangenen, welche in den Kellerräumen in den kalten Zellen durchgeführt wurde, Beratungen abgehalten hat. Bei einer jeden Exekution war er mit dabei und instruierte bei der Leibesvisitation einen der brutalsten Gendarmen. Als am Sonntag den Häftlingen zum Essen ein Stückchen Fleisch — hart wie Sohlenleder — gegeben wurde, suchte er die Stücke heraus und die Gefangenen waren nach dem Fleischgenuß mehrere Tage krank gewesen. Dieser Herr hat den Sejmabgeordneten Witos und in besonders bestialischer Art und Weise Korfanty mißhandelt. Dem an Rheumatismus schwer erkrankten Korfanty haben bei den Arbeiten seine Leidensgenossen ausgeholfen. Auf Befehl des Kaciukiewicz durfte das der Aufseher nicht dulden, und Korfanty mußte selber alle Arbeiten verrichten. In den Räumen, wo die Kübel entleert und gereinigt wurden, fand sich neben den Aufsehern auch Kaciukiewicz ein. In diesen Räumen überfiel Kaciukiewicz den durch Hunger und Krankheit erschöpften Korfanty, welcher ihm sagte: „Ich bin wehrlos und es ist Ihnen erlaubt, mich zu schlagen" — und versetzte ihm vier Faustschläge ins Gesicht und in die Rippen. Der Mißhandelte erlitt einen Nervenchok, der sich durch mehrere Wochen wiederholte. Den mißhandelten Korfanty brachte der „ritterliche" Hauptmann in eine tief gelegene kalte Zelle und hielt ihn dort 24 Stunden lang gefangen.

Die „Polonia" bemerkt dazu, daß die Veröffentlichung dieser Behandlung dem Abgeordneten Korfanty die Ehre nicht schmälern kann und fordert Kaciukiewicz auf, gegen den Redakteur eine Klage anzustrengen. Sie fordert außerdem die Militärverwaltung auf, den „ritterlichen" Hauptmann zu zwingen, eine Klage gegen das Blatt anzustrengen, damit die Tatsache der brutalen Behandlung der gewesenen Brester Häftlinge festgestellt werden könne.

Weiteres Fortschreiten der Arbeitslosigkeit

Durch die Errichtung der staatlichen Stickstoffwerke in Moscice, wird das Chorzower Stickstoffwerk immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Naturgemäß ist eine Ueberproduktion eingetreten, die sich besonders für die Stickstoffwerke in Chorzow stark auswirkt. Gegenwärtig ist in den Chorzower Stickstoffwerken ein Vorrat an Stickstoff von 56 000 Tonnen vorhanden, die Nebenprodukte finden immer noch befriedigenden Absatz. Infolge der großen Vorräte wird nur noch ein Ofen in Betrieb gehalten, um der Nebenprodukte wegen. Um nicht die Betriebe ganz zur Einstellung zu bringen, sollen wiederum 300 Mann der gegenwärtigen Belegschaft zur Entlassung kommen. Auf die Intervention des Betriebsrates, daß doch die Entlassungen nicht ohne vorherige Genehmigung des Demobilmachungskommissars vorgenommen werden dürfen, wurde ihm als Antwort zuteil, daß die Stickstoffwerke, als staatliche Betriebe keinerlei Genehmigung und Einverständnis bedürfen. Auf Grund dessen entstand zwischen dem Betriebsrat und der Direktion eine Auseinandersetzung, die der Demobilmachungskommissar doch endgültig zu entscheiden haben wird, und eine Verhandlung für die nächsten Tage anberaumt wurde. — In einem anderen Falle hat die Verwaltung der Friedenshütte beim Demobilmachungskommissar den Antrag auf Genehmigung zur Kündigung bezw. Entlassung von 544 Mann der Belegschaft gestellt. Auch in diesem Falle soll demnächst eine Konferenz zwischen der Verwaltung und dem Betriebsrat beim Demobilmachungskommissar stattfinden. Wie verlautet, sollen auch andere Hütten Vorbereitungen zu Arbeiter- und Angestelltenentlassungen treffen. Wie es heißt, sollen 5000 Arbeiter und 500 Angestellte in der Schwerindustrie in den nächsten Monaten zur Entlassung gelangen. Schöne Aussichten. m.

Steuerzahlern zur Beachtung!

Das Finanzamt in Kattowitz teilt mit, daß laut den geltenden Bestimmungen, betreffend die staatliche Gewerbesteuer, die Steuerzahler verpflichtet sind, Steuererklärungen über den Umsatz, zwecks Veranlagung zur gewerblichen Umsatzsteuer für das Jahr 1930 in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar abzugeben sind. y.

In den Ruhestand versetzt

Laut Dekret des Innenministeriums wurde der Assessor bei der Wojewodschaft, Thomas Gawronski, in den Ruhestand versetzt. y.

Vom Gesundheitsamt

In der letzten Berichtswoche wurden beim Gesundheitsamt in Kattowitz insgesamt 695 schwere ansteckende Krankheitsfälle registriert, von denen 17 tödlich verliefen. y.

1347471 Einwohner in der Wojewodschaft Schlesien

Das Schlesische Wojewodschaftsamt veröffentlicht eine Aufstellung, wonach im Monat November innerhalb der Wojewodschaft Schlesien insgesamt 1347471 Einwohner und zwar 666552 männliche und 680919 weibliche Personen geführt wurden. Es entfielen auf den Stadtkreis Kattowitz 130715, Königshütte 90157 und Bielitz 22664 Einwohner, sowie auf den Landkreis Kattowitz 243260, Lublinitz 41313, Pleß 165963, Rybnik 221156, Schwientochlowitz 218056, Tarnowitz 64799, Bielitz 65418 und Teschen 83970 Einwohner. Im Laufe des Berichtsmonats betrug der Zugang 8422 und der Abgang 7736 Personen. y.

Auf in den Wahlkampf!

Die Liste Nr. 1 ist die Liste der deutschen sozialistischen Arbeiter — 12000 Wähler in Rosdzin-Schoppinitz Eine Arbeitergemeinde muß Arbeitervertreter in das Gemeindeparlament schicken — Arbeitslose, im Sozialismus ist eure Zukunft!

In Rosdzin-Schoppinitz sind wir in den Wahlkampf geraten. Der Kampf geht um die Eroberung der großen, zusammengelegten Arbeitergemeinde Rosdzin-Schoppinitz. Eigentlich sollten wir uns als Arbeiterblatt schämen, von „Eroberung" einer Arbeitergemeinde zu schreiben, denn wie kann eine Arbeitergemeinde durch die Arbeiter erobert werden? Sie wurde schon „erobert", weil die Arbeiter dort in einer gewaltigen Mehrheit wohnen. Auf 100 Einwohner wohnen in Rosdzin-Schoppinitz 90 Arbeiter, die entweder auf den Gruben oder den Hüttenwerken arbeiten, bezw. als Kutscher ihren Lebensunterhalt verdienen. Das sind 100prozentige Proletarier, wie sie im Buche stehen. Und wie sieht es mit den „Nichtarbeitern", dem übrigen, dem 10prozentigen Teil der Rosdzin-Schoppinitzer Bevölkerung aus? Da sind zuerst die „Kaufleute". Der Mann arbeitet auf der Grube und die Frau führt ein Geschäft, bezw. er hat auf der Grube gearbeitet und wurde reduziert. Mit den Gewerbetreibenden, die meistens von der Reparatur leben, ist es genau dasselbe. Verdient der Arbeiter nichts, so haben sie allesamt nichts zu beißen.

Diese Leute gehören mit in das sozialistische Lager.

Dann gibt es noch die Beamten. Es sind lauter Arbeitersöhne, und viele von ihnen haben noch vor einiger Zeit auf der Grube bezw. Hütte gearbeitet. Sie kamen dann auf die Eisenbahn, Postamt oder das Gemeindeamt, aber sie gehören mit in das **sozialistische Lager.** Es verbleiben vielleicht einige Lehrer, die die Arbeiterkinder unterrichten, der Geistliche, der von den Arbeitergroschen lebt, der Arzt, der die Arbeiter behandelt, alles übrige sind durchwegs Arbeiter.

Eine solche Gemeinde wird von

Klassenfeinden der Arbeiterschaft

verwaltet und wir müssen darum kämpfen, um sie zu erobern. Traurig aber wahr. Die Feinde der Arbeiterklasse rüsten und sind fest überzeugt, daß sie nach wie vor die Gemeindeverwaltung in ihre Hände bekommen werden. Sie täuschen sich auch kaum, denn die Arbeiterschaft ist

in Gruppen aufgeteilt und uneinig.

Es sind Sozialisten und Kommunisten, dann haben noch Arbeitslose eine Sonderliste aufgestellt. Arbeiter und Arbeitslose, das sind angeblich zweierlei Dinge. Kann der Arbeiter nicht arbeitslos werden? Er kann nicht nur, sondern er wird jeden Augenblick arbeitslos. Bevor er sich versieht, liegt er schon auf der Straße. Erhält der Arbeitslose Arbeit, so ist er kein Arbeitsloser, sondern ein Arbeiter. Arbeitsloser und Arbeiter das ist doch dasselbe, aber es kam ein Klügerer, der den Arbeitern eingeredet hat, daß dies nicht dasselbe ist und hieß die Arbeitslosen ihre eigene Kandidatenliste aufstellen. Dummheit und Unglück sind zugleich geschehen, weil die Arbeiter dadurch in zwei Gruppen geteilt wurden. Es kam aber noch ein viel Gescheiterer dazu, der da sagte: Sozialisten und Arbeitslose sind nicht radikal genug. Wir müssen eine kommunistische Sonderliste aufstellen. Die Arbeiter sind auf diesen Leim gekrochen, und es wurde eine kommunistische Kandidatenliste aufgestellt. Je mehr man „RRR" auf einmal ausspricht, um so besser wird es den Arbeitern ergehen. Die Steine werden in Brot und die Zäune in Wurst verwandelt und alle werden satt davon. Solche blöden Anschauungen kommen den

Feinden der Arbeiterklasse

zustatten. Sie reiben sich die Hände und sie schlagen Kapital daraus. Der Pfarrer, der mit seinen Kaplänen und den par Nonnen vereinzelt dasteht, hat eine Partei gegründet, freilich aus Arbeitern und ihren Frauen und einigen Gewerbetreibenden. Diese Partei ist sozialistenfeindlich und sie schreit, daß die Kirche in Gefahr sei. Sie wird den

Wahlkampf gegen die Sozialisten, gegen die Arbeitslosen und gegen die Kommunisten führen

und sie wird sicherlich die meisten Mandate einstecken. Dann treten die Lehrer, die höheren Eisenbahn- und Postbeamten mit den Aufständischen auf, und gründen einen patriotischen Wahlblock. Sie schreien schon heute, daß der Staat in Gefahr sei und werden den Wahlkampf gegen Sozialisten, Arbeitslose und Kommunisten führen und werden sicherlich viele Mandate einstecken. Die Religion ist in Gefahr — schreien die Einen, das Vaterland ist in Gefahr — rufen die Anderen. Sie stiften dadurch eine heillose Verwirrung unter den Arbeitern an, die in mehrere Lager zerschlagen sind und werden in der Gemeinde die Mehrheit erobern.

Wir haben schon wiederholt die Arbeiter ermahnt, daß sie die Augen öffnen sollen. **Der Sozialismus ist die Zukunft des gesamten Proletariats.** Wenn sich die Arbeiter nicht aufraffen und sich nicht die Hände reichen, dann kommen wir nicht um einen Schritt vorwärts. Schoppinitzer, begreift das endlich und stimmt am 18 Januar für die



der D. S. A. P.

Kattowitz und Umgebung

Der „Sieg" der Sanacja und die Verzweiflung der Arbeitslosen.

Verheerend und unübersehbar wirkt die Wirtschaftskrise in den Kreisen der Arbeitslosen. Vor den Wahlen wurden Versprechungen gemacht, so auch, daß nur bei einem Siege der Sanacja die Wirtschaftskrise sich heben und weiterer Arbeitslosigkeit Einhalt geboten wird. Der „Sieg" wurde erreicht, die Versprechungen verschwanden, aber die Arbeitslosigkeit nimmt immer grauenhaftere Formen an. Neben der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen, die aus den Betrieben aufs Pflaster gesetzt werden, melden sich für die Winterperiode die arbeitslosen Saisonarbeiter an, und groß ist ihre Ueberraschung, wenn ihnen erklärt wird, daß sie, obwohl sie ihre Arbeitslosenbeiträge entrichtet haben, die gesetzliche Unterstützung nicht erhalten. Groß war die Hoffnung der Arbeitslosen, die auf deutscher Seite beschäftigt waren, durch die ministerielle Verordnung vom 2. 5. 1930, wonach sie zu ihren Rechten gelangen sollten. Aber, o welcher Schreck, als ihnen zur Kenntnis gelangte, daß laut Verordnung der Wojewodschaft diejenigen, welche 26 Wochen die Wojewodschaftsbeihilfe bezogen haben, nichts mehr zu beanspruchen haben. Begraben ist die Hoffnung für diejenigen Arbeitslosen, die die Hungerunterstützung der „Pomoc panstwowa" beziehen, welche sich in einem Antrag an den letzten Schlesischen Sejm durch den sozialistischen Klub um Erhöhung der Unterstützung und Annullierung der schädigenden Verordnungen richteten. „Erfreuliche" Artikel brachte die Presse für die Arbeitslosen, welche überhaupt keine Unterstützung erhalten, indem ihnen eine einmalige Unterstützung zu den Feiertagen in Aussicht gestellt wurde, die aber wie vor, so auch nach den Feiertagen in Form eines Nebels verschwand. Einen äußerst schwachen Hoffnungsschimmer haben die Arbeitslosen von Neudorf, die die Höchstzahl in der Wojewodschaft aufweisen, in den Versprechungen des Leiters der Arbeitslosenfürsorge der Wojewodschaft, Herrn Dr. Helmski, welcher vor den Wahlen der Arbeitslosendelegation erklärte, daß die Gemeinde Neudorf in kurzer Zeit Gelder in Höhe von 20000 Zloty aus Warschau bereitgestellt bekommt, um den Arbeitslosen unter die Arme zu greifen. Genannte Gelder erhielten andere Gemeinden mit wenigen Arbeitslosen schon zugestellt, aber von Neudorf? Das wäre sehr angebracht, die Arbeitslosen von Neudorf nicht durch Versprechungen, sondern durch die Tat vor der Verzweiflung zu bewahren. —

Mit Spannung erwarten die Arbeitslosen den Bescheid der Sozial-Kommission des schlesischen Sejms, welche am 2. 1. 1931 den sozialistischen Antrag um Gewährung einer einmaligen Unterstützung für die Arbeitslosen annahm, und wann er in die Tat ungesetzt wird. K. M.

Zusammenprall zwischen Post- und Personenauto. An der Straßenkreuzung der Sienkiewicza und Jagiellonska, kam es zwischen einem Postauto und dem Personenauto Sl. 9899 zu einem Zusammenprall. Beide Kraftwagen wurden leicht beschädigt. Personen sind bei den Verkehrsunfall nicht verletzt worden. Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest. x.

Festnahme einer Diebesbande. In einer Musikalienhandlung auf der ulica 3-go Maja wurden von der Polizei sieben Personen arretiert und zwar Josef Brozek, Elenore Pientko, Elisabeth Reng, Helene Michalski, Valeria Bojda, Anton Kempa und dessen Ehefrau Katharina, alle in Bendzin, Merciszowitz und Dombrowa wohnhaft. Bei den Verhafteten sind eine Menge Gramophonplatten, Stoffreste, Seide, sowie andere Stoffe vorgefunden und beschlagnahmt worden. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen wurden die vorgefundenen Sachen zum Schaden verschiedener Kattowitzer Kaufleute gestohlen. Weitere Recherchen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Aufgeklärter Diebstahl. Vor einigen Wochen wurde in das Feinkostgeschäft von Michalski an der ul. 3-go Maja ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, wobei die Täter Waren im Werte von 600 Zloty gestohlen haben. Den polizeilichen Bemühungen gelang es, einen derselben in der Person des Alfred Z. aus Königshütte festzunehmen, die Verhaftung der anderen Beteiligten dürfte bald folgen. m.

Königshütte und Umgebung

Sitzung der Finanzkommission. Am Montag, den 12. Januar, nachmittags 6 Uhr, kommt die Finanzkommission zwecks Weiterberatung des Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1931/32 im Magistratssitzungszimmer 81/82 zu einer Sitzung zusammen. m.

Auffindung einer Kindesleiche. Friedhofsbesucher fanden auf dem Hedwigsfriedhof ein verschnürtes Paket. Nach Oeffnung desselben wurde darin eine Frühgeburt vorgefunden. Das merkwürdige Fundstück wurde begraben. m.

Festgestellte Räuber. Wie wir seiner Zeit berichtet haben, wurde am Königshütter Bahnhof in einem Posenschen Eisenbahnzug der vom Militär entlassene Kazimierz Chwal von unbekannten Tätern überfallen und schwer mißhandelt. Ohnmächtig wurde er aus dem Zuge gehoben und in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Den Bemühungen der Polizei gelang es dieser Tage, den Fall aufzuklären und die Täter festzunehmen. Es handelt sich um einen gewissen Wasil Kazimierczak und Michael Calem aus dem Posenschen, die dem Ueberfallenen außer dem mitgeführten Koffer sämtliche Gegenstände aus den Kleidern geraubt haben. Beide wurden in das Gerichtsgefängnis überführt und werden sich wegen Raubüberfall und Körperverletzung zu verantworten haben. m.

Siemianowitz

Auslegung von Listen. Im Zimmer 9 des Finanzamtes liegen bis zum 29. Januar die neuen Einkommensteuerlisten aus, welche das Einkommen aus dem Jahre 1930 betreffen. Die Zusammenstellung erfolgte nach Gemeinden.

Es wird gefeiert! Trotz des Dreikönigsfeiertages hatte Richterschacht am Sonnabend wieder eine Feierschicht, am Dienstag folgt Fizinusschacht automatisch nach.

Mit dem Schirme in der Hand kommt man durch das ganze Land. Vom Gegenteil mußte sich der Aufseher J. von Richterschächte überzeugen, welcher in einem Lokal seinen neuen Schirm am Stuhl hinhängte. Drei sich entfernende Gäste ließen gleichfalls auch diesen mitgehen. — Auf der Bienhoffstraße erhielt ein Bettler einen Tasse warmen Kaffee, nahm aber beim Weggehen gleichzeitig einen warmen Ueberzieher mit, aus Dankbarkeit natürlich.

Myslowitz

Tödlicher Unglücksfall. Am Sonnabend wurde der 19jährige Monteur P. während der Arbeit auf einem Gerüst von einem aus 16 Meter Höhe herabfallenden Balken getroffen, der P. die Schädeldecke zerbrach, wobei der Verunglückte vom 5 Meter hohen Gerüst auf die Eisenbahnschienen der Grubenanlage herabstürzte und mit schwerem Schädelbruch besinnungslos liegen blieb. Er wurde in das Knappschaftslazarett eingeliefert, wo er bald darauf verstarb. —h.

Rosdzin-Schoppinitz. (Die da guten Willens sind.) Es gibt immer noch Unternehmungen, die auch für den Arbeiter ein gewisses Verständnis an den Tag legen, obwohl die schwierige Wirtschaftslage auch für diese Unternehmungen genau dieselbe kritische Lage erzeugt, wie für alle anderen. Wie wir erfahren, hat die in Rosdzin-Schoppinitz bestehende Seifenfabrik u. Chemikalien Fa. Strahl u. Co. allen Arbeitern, die sie dort beschäftigt, eine Weihnachtsgabe zukommen lassen. Es erhielten Arbeiter, die erst 2 Monate und kürzer beschäftigt sind, 2 Tagesschichten frei ausbezahlt. Die älteren Arbeiter erhielten von 50 bis zu 300 Zloty Weihnachtsgratifikation. Die Tat sei besonders erwähnt, weil diese in ganz Polen vielleicht einzig dastehen dürfte und bei den Arbeitern der Firma viel Freude hervorrief Es fragt sich, wo die anderen kapitalistischen Großunternehmungen in dieser Richtung geblieben sind. Die anderen scheinen eben nicht guten Willens zu sein, denn ihnen stehen Kanonen und Bajonette zur Verfügung. —h.

Pleß und Umgebung

Kirchensteuern dürfen vom Lohne nicht abgezogen werden

Da es vorgekommen ist, daß die Kirchensteuer vom Lohne abgezogen wurde, so hatte der Betriebsrat der Bradegrube dahin gearbeitet, bis die Angelegenheit über den Abzug eine entsprechende Klärung erlangte, wonach die Kirchensteuer vom Lohne nicht mehr abgezogen, wie auch eine Pfändung diesbezüglich nicht vorgenommen werden darf. Dies ist aus einem Rundschreiben welches vom „Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein Z. z." an die Bergwerksdirektion des Fürsten von Pleß gerichtet ist, zu ersehen. Aus diesem bringen wir Abschnitte wieder, die wichtig für die Kirchensteuerzahler sind. So heißt es in diesen u. a.:

Nach Art. 1 § 2 lit. c der Verordnung vom 10. 7. 1922, Schlesisches Gesetzblatt Nr. 6 Pos. 22, obliegt im Bereiche der Wojewodschaft Schlesien die Erhebung der Steuern und Abgaben der Finanzämter:

Das Gesetz vom 14. 12. 1923 — Dz. U. Rz. P. nr. 5 Pos. 37, welches auf dem Gebiete der ganzen Republik Gesetzeskraft hat, umschreibt und regelt die Berechtigungen der finanzbehördlichen Vollzugsorgane.

Im Artikel 1 dieses Gesetzes sind ausdrücklich Finanzbeamte als Vollzugsorgane der Finanzbehörden genannt. Artikel 2 desselben bestimmt, daß diese Organe zur Erhebung von Abgaben und Einziehung von Rückständen berufen sind. Im Einklang damit nennt der § 1 unter Zahl 1 lit. b) der Ausführungsverordnung zum obigen Gesetze (Dz. U. R. P. Nr. 83 ex. 1925 Pos. 576) die Sequestratoren als diejenigen Organe, welche zur Erfüllung dieser Pflichten berufen sind.

Weiter verlautet das Schreiben:

Nach Artikel 9 dieses Gesetzes a contiario dürfen Gemeindeorgane Kirchensteuern nicht selbständig einziehen, vielmehr muß die Zwangsverfügung durch die Verwaltungsbehörde angeordnet werden.

Zum Schluß heißt es dann:

Wir werden obigen Ausführungen Rechnung tragend, Pfändungen von Kirchensteuern in Zukunft nur dann nachkommen, **wenn die Zwangsvollstreckung durch die zuständige Starostei bewirkt worden ist.**

Imielin. (Die Arbeitslosen demonstrieren.) Die Arbeitslosigkeit hat nun auch bei uns in die landwirtschaftlichen Betriebe übergegriffen, und sogar die kleineren Landgemeinden leiden unter diesem Fluch genau so, wie die Industrieorte. In diesen Tagen fand in Imielin eine große Arbeitslosenversammlung statt. Zu der Versammlung erschienen über 800 Arbeitslose, um gegen die Schikanen, denen sie ausgesetzt sind, zu protestieren, um Brot oder Unterstützungen zu fordern. Die Versammlung leitete der polnische Sozialist Janta, der über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung derselben und über die Arbeitslosenfürsorge sprach. In der Diskussion sprachen mehrere Arbeitslose und klagten über die geringen Unterstützungen, über die miese Behandlung von seiten der Beamten, die mit den Arbeitslosen in Berührung kommen und über das Fehlen entsprechender ärztlicher Hilfe für Arbeitslose. Es wurde ein Komitee gebildet, das sich mit der Regelung der Arbeitslosenangelegenheit befassen soll. —h.

Murcki. (Ein gemütlicher Abend der „Freien Sänger".) Nach einer Pause von 2 Monaten fand am 6. d. Mts. die erste Zusammenkunft des Arbeitergesangvereins statt. Ein jeder, der unserer Bewegung fernsteht, konnte sich überzeugen, daß unsere Arbeiter für die Sangeslust Interesse haben, die auch sehr zahlreich erschienen sind. Der Abend, eigentlich als Versammlungsabend gedacht fiel zum Erstaunen der Mitglieder ganz anders aus. Nämlich, kurz nach Eröffnung traf der Gesangverein Kattowitz ein. Helle Freude herrschte bei den beidigen Sangesschwestern und Sangesbrüdern. Aus dem Versammlungsabend wurde ein genußreicher Gesangsabend. Die Gäste erfreuten uns durch mehrere Quartetts und Lieder. Auch unser Verein zeigte, was er gelernt hat. Wir wünschen unser Bewegung noch mehr solch genußreicher Abende. Leider kam die Trennungsstunde allzu schnell. Mit einem herzlichen „Freundschaft" verabschiedeten sich unsere Gäste. Bald darauf schlossen auch wir unseren Versammlungsabend. — Die nächste Gesangsstunde findet — wie früher — **jeden Dienstag, abends um 7 Uhr statt.** —

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Wie den Arbeitslosen geholfen werden könnte.

Der ehem. Sejmabgeordnete Stanczyk veröffentlicht in den polnischen sozialistischen Blättern einen Vorschlag, wie den Arbeitslosen trotz des Geldmangels in der Staatskasse geholfen werden könnte. Stanczyk schreibt u. a.:

„Es ist nicht wahr, daß die Arbeitslosen vor Hunger sterben müssen, daß sie in ungeheizten Stuben frieren müssen, weil der Staat keine Geldmittel besitzt. Wir wollen die Quellen aufzeigen, woher die Mittel genommen werden können:

Die Agrarier zahlen keine Steuern, weil sie kein Getreide verkaufen können. Die Textilindustrie, die Kohlenindustrie, die Zuckerindustrie verlangen Erleichterungen und Aufschub der Steuern, weil ihnen niemand die in den Lagern angehäuften Waren abkaufen will. Soll doch die Regierung für die rückständigen oder auf Rechnung der zukünftigen Steuern von den Agrariern Getreide, Kartoffeln und Zucker nehmen. Von den Textilindustriellen — Textilwaren; von den Grubenbesitzern — Kohle. Diese Lebensmittel, Heizmaterial und Bekleidung soll die Regierung der von der Katastrophe der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitern und ihren Familien liefern.“

Stanczyk weist weiter darauf hin, daß die praktische Durchführung dieses Planes auf keine Schwierigkeiten stoßen dürfte. Der Transport wäre ohne weiteres möglich, da die Eisenbahn infolge der Krise sehr wenig Transporte zu erledigen hat und die Waggons leer stehen. Es wäre auch ein leichtes, Schneiderwerkstätten in Betrieb zu setzen, die die abgeführten Waren zu Kleidern und Wäsche für die Arbeitslosen verarbeiten könnten. Die Zuteilung der Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände könnten die Selbstverwaltungen durchführen.

Es ist klar, daß das Projekt des Gen. Stanczyk das Problem der Arbeitslosigkeit als solches nicht löst. Es müßte jedoch unbedingt von den maßgebenden Faktoren in Erwägung gezogen werden, da es geeignet erscheint, den Arbeitslosen in dieser katastrophalen Notlage Hilfe zu bringen.

Festsetzung der Brotpreise. Der Bielitzer Magistrat gibt bekannt, das die Preisprüfungskommission ab 10. Januar 1931 folgende Brotpreise festgesetzt hat: 1 Kilo Kornbrot bei 70prozentiger Ausmahlung im Kleinverkauf 38 Groschen, im Großhandel 36 Groschen; 1 Kilo Kornbrot bei 80prozentiger Ausmahlung im Kleinverkauf 36 Groschen, im Großhandel 34 Groschen. Ueberschreitungen dieser Preise werden nach den bestehenden Gesetzen streng bestraft.

Haus- und Wohnungslisten einbringen. Die Haus- und Wohnungslisten nach dem Stande vom 15. Dezember 1930 sind zuverlässig bis spätestens 15. Jänner l. Js. beim Finanzamte in Bielitz zwecks Vermeidung von Ordnungsstrafen einzubringen. Die bezüglichen Formulare sind in demselben Amte abzuholen. — Die Bekenntnisse für die Bemessung der Umsatzsteuer für das Jahr 1930 sind bis spätestens 15. Februar 1931 einzubringen. Verband der Kaufleute.

Mitteilung des Verbandes der Kaufmannschaft in Angelegenheit der Zahlungseinstellung der Schlesischen Eskomptebank. Mittwoch, den 7. d. Mts. fand im Bürgermeisteramte in Bielitz eine Versammlung statt, an der außer den Repräsentanten der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Handelskammer und der Eskomptebank eine Anzahl hervorragender Vertreter der hiesigen Bank- und Kreditinstitute wie auch Vertreter der Kaufmannschaft teilnahmen, um über die Wege zu beraten, die zu einer Sanierung der Schlesischen Eskomptebank führen bezw. die Durchführung einer Liquidation in einer Weise ermöglichen könnten, aus der die Einleger und die Gläubigerschaft kein Schaden erwächst. Aus der längeren Diskussion entwickelte sich ein konkreter Plan, der in hohem Grade geeignet erscheint, die Angelegenheit einer annehmbaren Erledigung zuzuführen. Die Realisierung desselben erfordert einige Tage. Zur Beruhigung der Oeffentlichkeit teilen wir mit, daß wir alle Phasen dieser Aktion mit größter Genauigkeit verfolgen und in der nächsten Zeit eine Versammlung einberufen werden, um derselben den ganzen Stand der Angelegenheit vorzulegen. Der Vorstand.

Mitteilungen des Radioklubs. Nach einer kurzen Pause während der Weihnachtsferien, werden die Bastelabende am Montag, den 12. Jänner in der Zennerbergschule wieder fortgesetzt werden. An diesem wird bereits mit dem Bau des Ueberlagerungsempfängers, welcher als Klubgerät gedacht ist, begonnen werden.

Altbielitz. (Voranzeige.) Am Samstag, den 17. Jänner, veranstaltet der Arb.-Gesangverein „Gleichheit“ im Gasthaus And. Schubert einen Maskenball ohne Kostümzwang, wozu alle Genossen und Genossinnen, Freunde und Sympathiker herzlichst eingeladen werden. Entree im Vorverkauf 1.20 Zloty, an der Kasse 1.50 Zloty.

Ein neuer Bezirkshauptmann in Biala. Die Leitung der Bialaer Bezirkshauptmannschaft ist in dieser Woche von Dr. K. Alberti, der bisher als Verwaltungsbeamter im Dombrowaer Gebiet tätig war, übernommen worden. Der bisherige Bezirkshauptmann Strelbicki wurde zum Wojewodschaftsamt nach Krakau versetzt.

Ueber die Gründe dieses Personenwechsels verlautet nichts Bestimmtes, doch geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der von dem früheren Bezirkshauptmann Strelbicki eingehaltene Kurs und vor allem sein Verhalten während der Wahlzeit an höherer Stelle als zu zahm angesehen wurde.

Achtung, Hausbesitzer und Gewerbetreibende von Biala. — Bezugnehmend auf die Verlautbarung betreffend die Rattenvertilgung im Stadtgebiete wird bekanntgegeben, daß die Ausgabe des Rattengiftes „Ratol“ an die Bialaer Hausbesitzer und Gewerbetreibenden im Magistrate Biala 1. Stock in der Zeit von 8 Uhr früh bis 15 Uhr nachmittags stattfinden wird und zwar: Montag, den 12. Jänner 1931 an die Interessenten von Lipnik-Oberdorf, Leszczyn und Lenk, Dienstag, den 13. Jänner 1931 an die Interessenten von Lipnik-Unterdorf, nördl. Teil von Lipnik und Vorstadt Biala, Mittwoch, den 14. Jänner 1931 an die Interessenten des nördl. Stadtteiles (linkerhand der ul. 11-go Listopada), Donnerstag, den 15. Jänner 1931 an die Interessenten des südl. Stadtteiles (rechterseits der ul. 11-go Listopada). Das Rattengift muß ausnahmslos von allen Hausbesitzern und Gewerbetreibenden beschafft und an allen Stellen gelegt werden, wo sich Ratten aufhalten könnten, ohne Rücksicht darauf, ob Ratten wahrgenommen wurden oder nicht. In oberwähnter Zeit muß auch die gründliche Reinigung aller Räume und Höfe vorgenommen werden, um den Ratten jegliche Nahrung zu entziehen.
Magistrat Biala: Der Regierungskommissar Dr. Döllinger mp.

Wahlgeheimnis in Polen. Die Zeitung „Glos Przemyski“ berichtet folgende wahre Geschichten, die für die Art der Durchführung der Wahlen in Polen außerordentlich charakteristisch ist. Am Wahltag erschien bei einem Bauern ein Polizist und forderte ihn auf, sich mit ihm in das Wahllokal zu begeben. Unterwegs gab der Polizist dem Bauern einen zusammengefalteten Wahlzettel, Nummer 1 (Regierungspartei) mit dem Befehl, diesen, ohne ihn anzuschauen, in die Urne zu legen. Während des Weitergehens schaute der Bauer trotz des Befehls den Zettel an und bekam dafür vom Polizisten eine kräftige Ohrfeige und folgende Belehrung: „Weißt Du denn nicht, daß die Wahlen geheim sind!“

Wyciąg

z protokołu posiedzenia niejawnego z dnia 3. stycznia 1931 r.

Sąd okręgowy w Cieszynie, Wydział II w sprawie karnej przeciw „Volksstimme“ na posiedzeniu niejawnem, dnia 3. stycznia 1931 roku po wysłuchaniu wniosku Prokuratora postanowił:

na zasadzie §§ 486, 487, 488 i 493 austr. pk. ze względów publicznych, orzeka się:

I. Treść zamieszczonego w numerze 145 perjodycznego czasopisma „Volksstimme“ z daty 31/12 1930 r. napisu artykułu „Pilsudskis Londoner Lügenbureau“ oraz treść zamieszczonego w artykule powyższym ustępu od słowa „Pilsudskischen“ do słowa „Greuelsystems“ zawiera przedmiotową istotę występku z §§ 488, 493 u. k. i art. V ustawy z 17/12 1862 r. L. 8 Dzpp. ex 1863.

II. Zarządzona przez Dyrekcję Policji w Bielsku konfiskata powyższego czasopisma zostaje zatwierdzona a cały zabrany nakład tegóż ma być zniszczony.

III. Zakazuje się dalszego rozszerzania napisu powyższego artykułu oraz inkryminowanego ustępu tegóż artykułu, a zakaz ten ma być w formie przepisanej ogłoszony w najbliższym numerze czasopisma „Volksstimme“.

Uzasadnienie.

W napisie powyższego artykułu oraz w artykule pod powyższym napisem w ustępie, zaczynającym się od słowa „Pilsudskischen“ do słowa „Greuelsystems“ autor w piśmie drukowanem władze rządowe przez udzielenie zmyślonych względnie przekręconych czynów imiennie względnie przez znamiona do nich się odnoszące fałszywie obwinia o czyny niehonorowe względnie nieobyczajne, któreby władze rządowe opinji publicznej pogardliwemi uczynić lub poniżyć mogły, co uzasadnia wszelkie znamiona występku z §§ 488, 493 u. k. i art. V ustawy z 17/12 1862 r. L. 8 Dzupp. ex 1863.

jako przewodniczący (—) Z. Arzt,
jako protokulant (—) A. Cimała.

Za zgodność:
Cieszyn, dnia 5. stycznia 1931.
(Podpis.)
adjunkt kanc. jako sekretarz Sądu okręgowego.

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

9)

„Das klingt ja beinahe, als ob er ein richtiges Scheusal gewesen wäre.“

„Im Gegenteil.“ Gonsalez beeilte sich, den falschen Eindruck, den seine Worte hervorgerufen hatten, zu verbessern. „Er sah sehr gut aus. Nur jemand, der sich eingehend mit Physiognomie beschäftigt, konnte die Unregelmäßigkeit in seinen Gesichtszügen wahrnehmen. O nein, er konnte sich wirklich sehen lassen.“

Gonsalez erklärte noch näher, unter welchen Umständen er den Fremden getroffen und kennengelernt hatte. Er hatte am vorhergehenden Abend ein Konzert besucht, um die Wirkung der Musik auf bestimmte Typen von Menschen zu studieren. Sein ganzes Programm war mit Notizen vollgekritzelt, und er hatte nachher fast die halbe Nacht damit zugebracht, seine Beobachtungen auszuarbeiten.

„Er ist der Sohn des Professors Tableman. Mit seinem Vater steht er allerdings nicht sehr gut, weil dieser die Wahl seiner Verlobten nicht billigt. Außerdem haßt er seinen Vetter.“

Manfred lachte laut.

„Du bist wirklich großartig! Hat er dir das alles freiwillig erzählt, oder hast du ihn hypnotisiert und alle diese Nachrichten aus ihm herausgelockt? Uebrigens hast du mich noch gar nicht gefragt, was ich gestern abend getan habe.“

Gonsalez steckte sich umständlich eine Zigarette an.

„Der junge Tableman ist fast zwei Meter groß, kräftig gebaut, und hat solche Schultern!“ Er hielt die Zigarette in der einen Hand, das brennende Streichholz in der anderen, um damit die ungewöhnliche Breite des jungen Mannes anzudeuten. „Er hat große, starke Hände, außerdem ist er ein bekannter Fußballspieler. Wo bist du nun gestern abend gewesen, Manfred? Entschuldige, daß ist dich nicht eher danach gefragt habe.“

„In Scotland Yard“, entgegnete Manfred. Aber wenn er erwartet hatte, durch diese Mitteilung eine Sensation hervorzurufen, so mußte er enttäuscht sein. Aber offenbar kannte er Leon genügend, um an eine solche Möglichkeit überhaupt nicht zu denken.

„Scotland Yard ist ein ganz interessantes Gebäude“, meinte Gonsalez. „Der Architekt hätte nur die Westfassade nach Süden verlegen sollen — obwohl die heimlichen Eingänge ganz mit dem Charakter des Baues übereinstimmen. Es fiel dir nicht schwer, dort Bekanntschaft anzuknüpfen?“

„Nicht im mindesten. Man kennt dort meine Arbeiten in Verbindung mit dem spanischen Strafgesetzbuch und mein Werk über Fingerabdrücke, und ich habe sofort Zutritt zum Polizeipräsidenten bekommen.“

Manfred war in London als der hervorragende Schriftsteller über Kriminologie, „Senor Fuentes“, bekannt. Er und sein Freund Leon Gonsalez hatten als spanische Wissenschaftler die besten Empfehlungsschreiben des spanischen Justizministers bei sich, die ihnen alle Türen öffneten. Manfred hatte lange Jahre in Spanien gelebt, und Gonsalez war dort geboren. Der starke, freundliche Poiccard, der Dritte der berühmten Vier Gerechten, verließ selten seinen schönen Garten in Cordova. Vor zwanzig Jahren hatte auch noch der Vierte gelebt.

„Das mußt du unserem lieben Freund Poiccart schreiben“, meinte Leon. „Er wird sich sehr dafür interessieren. Heute morgen habe ich einen Brief von ihm bekommen. Zwei seiner Mutterschweine haben Junge geworfen und seine Orangenbäume stehen in Blüte.“ Er lachte, wurde aber plötzlich wieder ernst.

„Diese Polizeibeamten haben dich also an ihr Herz gedrückt?“

Manfred nickte.

„Sie waren sehr liebenswürdig und zuvorkommend. Wir werden morgen mit dem Polizeidirektor Mr. Reginald Fare zu Mittag speisen. Die Abteilung für Fingerabdrücke ist einfach musterhaft, und die neuen Leute, die man eingestellt hat, sind sehr intelligent und geschickt.

„Sie werden uns noch hängen,“ sagte Leon vergnügt.

„Ich glaube kaum!“ erwiderte sein Freund.

Das Essen im Ritz-Carlton war recht gemütlich, und besonders Gonsalez fühlte sich sehr angeregt. Mr. Fare, ein Mann von mittleren Jahren, wir nicht nur ein hervorragender Beamter und liebenswürdiger Gesellschafter, sondern auch ein befähigter Wissenschafter auf seinem Spezialgebiet. Die Unterhaltung drehte sich bald lebhaft um die Ansichten und Beobachtungen von Marro, Lombroso, Fere, Mantegazza und Ellis.

„Für den gewohnheitsmäßigen Verbrecher besteht das Leben aus einer Reihe von Gefängnisstrafen, und wenn er gerade einmal nicht hinter Schloß und Riegel sitzt, denkt er auf neue Taten und genießt das Leben, so gut er kann,“ sagte Mr. Fare. „Dieser Ausspruch stammt nicht von mir, sondern ist schon über hundert Jahre alt. Mit den gewohnheitsmäßigen Verbrechern kommt man leicht aus. Aber wenn man mit Leuten zu tun hat, die nicht der Verbrecherklasse angehören, den Mördern, den zufälligen Gesetzesübertretern —“

„Das stimmt!“ unterbrach ihn Gonsalez. „Ich behaupte immer —“

Er kam aber nicht dazu, seine Ansicht zu äußern, denn ein Page brachte Mr. Fare einen Brief. Der Polizeidirektor entschuldigte sich und überflog das Schreiben schnell.

„Hm — das ist ein sonderbares Zusammentreffen.“ Er sah Manfred nachdenklich an. „Neulich sagten Sie, daß Sie die Beamten von Scotland Yard gerne aus der Nähe bei der Arbeit beobachten möchten, und ich versprach, Ihnen eine Gelegenheit dazu zu geben — sie ist schon da!“

Mr. Fare winkte den Kellner heran und zahlte seine Rechnung.

„Ich werde mir wahrscheinlich auch Ihre reiche Erfahrung zunutze machen,“ fuhr er dann fort, „denn es ist möglich, daß wir bei diesem Fall alle Hilfe in Anspruch nehmen müssen, die wir nur irgendwie erreichen können.“

„Worum handelt es sich denn?“ fragte Manfred, als sie in dem Auto Mr. Fares saßen, das sich mühsam durch den lebhaften Verkehr bei Hyde Park Corner durcharbeitete.

„Man hat einen Mann unter außergewöhnlichen Umständen tot aufgefunden. Er nahm eine hervorragende Stellung in der wissenschaftlichen Welt ein — vielleicht ist Ihnen der Name auch bekannt — Professor Tableman.“

„Tableman?“ fragte Gonsalez erstaunt. „Das ist doch zu merkwürdig! Sie sprachen vorhin von einem sonderbaren Zusammentreffen! Nun will ich Ihnen einen anderen Fall erzählen.“

Er berichtete von seiner Begegnung mit dem Sohn des Professors.

„Persönlich,“ fuhr Gonsalez fort, „betrachte ich solche Duplizitäten als etwas Normales. Wenn ich morgens eine Rechnung erhalte, so bin ich sicher, daß ich an demselben Tage noch eine oder mehrere zugesandt bekomme. Und wenn mir ein Scheck mit der ersten Post zugestellt wird, so weiß ich gewiß, daß mit der zweiten oder dritten noch einer einläuft. Eines Tages werde ich noch einmal genauer über diese Zusammenhänge nachforschen.“

„Professor Tableman wohnt in Chelsea,“ erklärte Mr. Fare. „Vor einigen Jahren kaufte er sein jetziges Haus von einem Künstler und ließ das geräumige Atelier in ein Laboratorium umwandeln. Es las an der Bloomsbury-Universität über Physik und Chemie und besaß ein beträchtliches Vermögen. Ich kannte ihn persönlich und speiste noch ungefähr vor einem Monat mit ihm zu Abend. Er hatte damals eine Auseinandersetzung mit seinem Sohn. Der Professor war ein eigenwilliger, unbeugsamer Mann, einer dieser alten Leute, die sich ein Vorbild an den Patriarchen des Alten Testaments nehmen und die milden Lehren des Neuen Testaments nicht kennen.“

(Fortsetzung folgt.)

Auf Strümpfen ins geheime Teehaus

Die Attraktion von Formosa. — Die Straße am Takao.

Die Stumpfheit der Männer, die hier an dem Hafenpier von Takao herumlungern, muß selbst der formosanischen Polizei auffallen. Wenn man sie anredet, reagieren sie nicht einmal mit einem Zucken der Schultern, viel weniger mit einem Zucken des Gesichts. Sie starren dich vollkommen neutral an, so wie der Löwe im Zoo, sehen durch dich hindurch und über dich hinweg.

Endlich finden wir einen Mann mit einer europäischen Reisemütze. Wir stürzen uns auf ihn und werfen ihm eine Ladung englischer Fragen an den Kopf. Er antwortete so, daß man es verstehen kann, wenn man sich nach jedem Wort Zeit nimmt, in tiefes Nachsinnen zu versinken. Als die Sonne von Formosa schon ziemlich tief stand, wußten wir, wie wir gehen müßten, wenn wir zu Mitsui Bussan kommen wollten, unserer Agentur.

Dort saß hinter dem Ladentisch ein Clerk und grinste uns freundlich an, wie eben ein Japaner grinsen kann. Ein klein wenig malziös.

„Guten Tag Herr Clerk von Mitsui Bussan", sagte ich zu ihm, „sagen Sie uns, bitte ohne Umschweife, was die größte Attraktion von Takao ist und wohin man hier gehen muß, wenn man auf die Kosten seiner Neugierde und meinetwegen auch seines Geldbeutels kommen will."

Er sann eine Weile nach und erklärte dann: „Die größte Attraktion von Takao ist „the seeret Teahouse" — das geheime Teehaus."

Also wir machten uns auf zu dem „secret Teahouse", indem wir uns Rikschas mieteten. Menschenwägelchen, die ohne Taxameter stundenlang für geringes Geld in Betrieb gehalten werden können. Arme ausgebeutete Menschen!

Die zwei, drei Straßen von Takao bestehen aus Reihen offener niedriger Häuschen, meistens Kramläden. Hinter den Auslagen, Stoffen, gebratenen Hühnern, Büchern, Porzellantassen stehen die Verkäufer im Kimono, unbeweglichen Gesichts.

Es gibt aber auch eine Bank hier, das einzige große Steingebäude Takaos, indem einige Dutzend junger Leute auf merkwürdigen Rechenschiebern den steigenden Yenbesitz ihres Vaterlandes ausrechnen.

Und dann, wie vorher gesagt, das „secret Teahouse".

Es liegt auf einem Hügel hinter einem Busch von Nadelhölzern. Daher offenbar — geheim. Es hat: eine geheime Lage. So schloß ich, als ich die geschwungenen Dächer nur einen Zipfel aus den Bäumen heraussehen sah.

Am Eingang mußten wir die Schuhe ausziehen. Die niedlichsten Geishas halfen uns bei dieser Arbeit.

Dann ging's im Gänsemarsch auf Strümpfen in das „geheime Teehaus".

Ein leichter Schauer überrieselte mich. „Da bist du also", sagte ich mir, „auf Formosa, einige tausend Meilen von der deutschen Republik entfernt, in einem Teehaus und dazu in einem geheimen. Wenn dir das einer vor einem halben Jahr gesagt hätte, du hättest ihm weiß Gott was — —"

Während ich so dachte, wurden wir jeder von einer Geisha bedacht. Wir saßen mit untergeschlagenen Beinen, und die Geishas vor uns begannen das Abendessen auf Lacktabletts hereinzubringen und uns zum Essen zu animieren.

Das Zimmer war kahl, und durch die Tür hörte man eine ferne Musik. Ein bißchen unheimlich war das geheime Teehaus. Die kleinen Geishas waren traurig, daß wir uns nicht mit ihnen verständigen konnten. Der einzige japanische Satz, den mir ein Kuli migeteilt hatte, hieß: „Koko wa nanto Jimasuka?" (Wie heißt dieser Ort?) Das ließ sich hier in keiner vernünftigen Weise anbringen. Und so beschränkten wir uns darauf, uns anzulachen. Wir haben uns dann solange angelacht, bis es etwas langweilig wurde. Dann gab's ein wenig Musik auf der Samise.

Das Essen mußte ich stehen lassen.

Es waren nur Fischgerichte und als Nachtisch eine ungeheure Wassermelone. Dafür trank ich um so mehr Saki, den japanischen Reisschnaps, bis ich etwas beschwiemelt war.

Aber das blieb alles in zarten und feinen Grenzen wie es eben in Japan ist und als wir alle genug hatten, wurden wir von den kleinen Geishas wieder vor die Tür geleitet.

Die Kopfjäger.

Wir standen wieder vor dem Clerk von Mitsui Bussan.

„Das war ganz hübsch", sagte ich zu ihm, „der Tip mit dem „secret Teahouse" — aber die Verständigung ließ etwas zu wünschen übrig, die Damen sind hinsichtlich ihrer englischen Sprachkenntnisse noch weit zurück. Also eine neue Attraktion. Was gibt's weiter hier Interessantes? Heraus mit der Sprache mein Junge!"

Der Clerk lächelte. „Haben Sie schon unsere Kopfjäger gesehen? Nein? Aber, ich bitte Sie — Formosa ist das Land der wilden Kopfjäger. Das muß jeder gesehen haben, der hier gewesen ist. Warten Sie." Er verschwand und holte ein Büchelchen, das sich gleich als Fahrplan der Formosanischen Eisenbahn entpuppte. „Sie fahren mit dem Mittagszug nach Tainan, das sind ungefähr fünf Stunden von hier. Dort wird Sie ein Auto der Firma Mitsui Bussan empfangen, und Sie werden Gelegenheit haben, zu den Kopfjägern zu fahren."

Der Clerk verkaufte uns die Billetts, und wir winkten ihm ziemlich herablassend aus dem First-Claß-Car der Tainan Railway zu. Tainan Railway nennt sich die formosanische Eisenbahn, weil Tainan der japanische Name für Formosa ist.

Einige japanische Businesmen hatten es sich mehr als bequem gemacht. Ein merkwürdiger Badegast lag auf den Polstern und hielt beide Füße zum Fenster hinaus, als ob er seine Sohlen abkühlen wollte. Ein anderer spuckte mit einer beängstigenden Virtuosität an uns vorbei in einen ganz kleinen Blechspucknapf.

Wir zuckten jedesmal zusammen.

In Tainan wurden wir von einem etwas dicklichen Clerk der Firma empfangen. Er machte eine europäische Verbeugung und zog dabei den Atem zischend durch die Zahnlücken. Das ist höchste Höflichkeit.

In leidlichem Englisch meinte er: „Sie wünschen Kopfjäger zu sehen. Wir haben unseren Fordcar gleich mitgebracht. Haben Sie auch Proviant und Decken — ja? Es wird eine längere Fahrt geben."

Wir verstauten uns in dem ziemlich engen Gefährt. Der dicke Clerk setzte sich zu dem Chauffeur und dann ging es los, holterdipolter, was der uralte Wagen hergeben konnte.

Nach einer vierstündigen Fahrt kamen wir in ein Dorf, das von keinerlei Zivilisation mehr beleckt zu sein schien. Die Häuser waren einfache Holzgestelle mit verschiebbaren Bastmatten Menschen sahen wir wenige, dafür um so mehr Schweine und Hühner. Die Vegetation hatte hier wieder mehr tropischen Charakter.

Auf mehr als schlechten Wegen, wo der Wagen sich manchmal so schief stellte, daß wir uns mit aller Kraft an den Seitenpolstern festhalten mußten, ging's Stunde um Stunde weiter. Die zerklüfteten Berge, die wir bei der Einfahrt bewundert hatten, kamen schon nahe.

Gegen Abend kamen wir bei der Postenkette an, die das von den Japanern besetzte Gebiet gegen das „wilde Land" absperrt. In dem „wilden Land", also vor allem in den Bergen, wohnen die Kopfjäger, bei denen es, wie ihr Name besagt, eine besondere Tapferkeit bedeutet, wenn man möglichst viele Köpfe seiner Gegner aufweisen kann. Ein Mann darf erst heiraten, wenn er eine bestimmte Zahl von Köpfen erbeutet und seiner Sammlung einverleibt hat.

Ein japanischer Offizier sagte: „Sie haben Glück — wir haben vor einigen Tagen eine Gruppe von „Headhunters" gefangen. Sie stehen vor dem Abtransport. Sie können sie sehen, obwohl es eigentlich streng verboten ist. Aber na — Sie sind Deutsche, man macht eine Ausnahme..."

Das also waren die Kopfjäger, von denen bei uns die Kinder träumen und die Erwachsenen schaudernd in den illustrierten Journalen lesen.

Eine Horde verängstigter, frierender, hungernder Menschen. Nackt bis auf einen Schurz um die Hüften, von tief kaffeebrauner Hautfarbe. Mit schweren Ketten an Armen und Beinen gefesselt.

Nur die Augen, in den Augen steckte etwas von einer unbesiegten Wildheit.

Ich wandte mich ab. Ich hatte genug. Ich empfand dieselbe leichte Beschämung, die man beim Anblick eines Löwen im Zoologischen Garten empfindet.

Unser Auto kurbelte an, der japanische Offizier legte die Hand an die Mütze. Auf dem unendlich langen und eintönigen Rückweg sprach ich fast kein Wort.

Der Siegeszug des Rundfunks

Das Bild veranschaulicht die ständige Zunahme der Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland. Die steigende Linie der Entwicklung läßt deutlich erkennen, wie sehr der deutsche Rundfunk wegen seiner Darbietungen künstlerischer, belehrender und unterhaltender Art geschätzt wird.

Reisen vor 200 Jahren

Aus alten Chroniken, aus Reisebeschreibungen von vor hundert Jahren und aus Lebenserinnerungen längst Verstorbener hört man immer wieder heftige Klagen über das Reisen in dieser Zeit. Sie sind oft so kraß, daß es uns nur verwunderlich erscheinen muß, wie zu den damaligen Zeiten überhaupt jemand reisen konnte, den nicht eine ganz dringliche Angelegenheit forttrieb. Ob nun über den Schmutz und die Ueberteuerung in den Gasthäusern, über die Unsicherheit und schlechte Beschaffenheit der Wege in beweglichen Worten Klage geführt wurde, das eine erkennen wir daraus überall: Das Reisen war damals kein Vergnügen.

Am meisten wurde über die Wege geklagt und diese waren denn auch bis weit in das vergangene Jahrhundert hinein außerordentlich schlecht. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts, da in England und Frankreich schon viele gute Landstraßen angelegt waren, fehlten diese in Deutschland, von wenigen Gegenden abgesehen, noch fast überall. Die Postkutschen und Reisewagen bewegten sich fast überall nur auf Landwegen, die im Herbst und Winter kaum zu befahren waren. Roß und Wagen sanken oft einen Meter tief in den Schlamm ein, ja es war gar keine große Seltenheit, daß sich die vor die Reisewagen gespannten Pferde nur mit großer Mühe aus dem Schmutz wieder herausarbeiten konnten. Oftmals ging auch der Wagen in Trümmer, und es kostete große Mühe, ihn wieder einigermaßen brauchbar zu machen. Unter diesen mißlichen Verhältnissen konnten auch täglich nur kurze Strecken zurückgelegt werden. Ein Fußgänger, der den Unebenheiten und den Krümmungen der Wege ausbiegen konnte, war oft eher am Ziel als einer, der mit Vorspann reiste. Beinahe ebenso häufig wie die Klagen über schlechte Wege waren die über räuberische Ueberfälle.

Wenn einer nicht unter starker Bedeckung reiste, mußte er jeden Augenblick gewärtig sein, von einer Räuberbande überfallen und beraubt zu werden. Und die Herren Räuber der damaligen Zeit waren recht wenig sentimental. Sie nahmen nicht nur Geld, Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände, sie spannten auch die Pferde aus und ließen die Reisenden halbnackt, hungrig und durstig im Schmutz der Straße liegen. Es ist erst 400 bis 500 Jahre her, daß die Vorfahren so mancher nationaler Männer diesem edlen Handwerk oblagen. Im 16. und 17. Jahrhundert wurde besonders über die betrügerischen Wirte geklagt, die oftmals mit Spitzbuben, Betrügern und Räubern unter einer Decke steckten und mit den Spitzbuben Halbpart machten. Sehr schlimm waren die daran, die wirklich krank waren und die eines der schon damals bekannten „Wildbäder" aufsuchen wollten. In diesen Badeorten gab es für die Badegäste noch nicht die geringsten Bequemlichkeiten. Verschiedene Male schrieben Badegäste, daß sie vor Ekel kaum eine Speise zu sich nehmen könnten, weil die Wirtsleute, bei denen man einquartiert war, zu schmutzig seien, und so ließen sich noch viele Klagen anführen.

Noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts legte eine gewöhnliche Personenpost den Tag nicht mehr als 5 Meilen zurück. Eine Meile kostete 6 Groschen. Eine Reise von Berlin nach Leipzig dauerte damals 36 Stunden, ging also nicht ohne Uebernachten ab. Von Berlin nach Dresden fuhr die Post vor 200 Jahren nur in Zeitabschnitten von je 14 Tagen. Wer von einer Hansestadt nach Breslau wollte, hatte mit einer Fahrzeit von 8 bis 10 Tagen zu rechnen. In Süddeutschland, wo die Straßen schon etwas besser waren als in vielen Teilen Nord- und besonders Ostdeutschlands, fuhren allerdings die Postwagen bereits ein wenig schneller. Wer nicht mit der gewöhnlichen Post fahren wollte, nahm die Extrapost. Deren Benutzung stellte sich allerdings auf 15 Groschen die Meile. Reiche Leute benutzten oft die Post gar nicht, sondern sie kauften sich bei Beginn der Reise Pferde und Wagen, die dann nach Beendigung der Reise wieder verkauft wurden. Dabei mußte auch ein Kutscher gemietet werden, und so stellte sich ein derartiges Reisen sehr teuer. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts berechnete man, daß das Reisen im eigenen Wagen auf einen Dukaten die Meile zu stehen komme. Verhältnismäßig viel stärker als heute war im 18. Jahrhundert der Reiseverkehr auf Strömen und Flüssen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden allein auf dem Rhein 1100 bis 1200 Schiffe gezählt, die neben Waren auch Personen beförderten, und etwa 200 Schiffe waren nur zum Personentransport eingerichtet. Diese Schiffe hatten zwar schon allerlei Bequemlichkeiten, doch ging die Beförderung noch langsamer vor sich als auf dem Lande. Von Frankfurt bis Köln fuhr man mit solch einem Schiff 8 Tage. Noch stärker als auf dem Rhein und Main war der Verkehr auf der Donau. Die meisten Reisenden, die von Deutschland nach Wien wollten, reisten auf der Donau. Eine Schiffsreise von Regensburg nach Wien, etwa 350 Kilometer, dauerte zehn bis elf Tage. Umgekehrt war die Reisezeit noch länger, weil es dann stromaufwärts ging.

Es soll Leute geben, die so etwas „gute, alte Zeit" nennen und sie sehnlichst wieder herbeiwünschen.

Max Alten.





Boxer Carpentier und Frau Chaplin entführt

Der frühere französische Boxer Georges Carpentier und Frau Lita Chaplin, die geschiedene Gattin Charlie Chaplins, wurden das Opfer eines verwegenen Raubüberfalles. Als sie nach Verlassen eines Theaters in Neuyork ihr Auto bestiegen hatten, wurden sie von Banditen im Wagen überwältigt, ihrer Barschaft und Schmucksachen im Werte von 25 000 Dollar beraubt und auf einsamer Landstraße vor der Stadt abgesetzt.

Woher stammt das Wort „büffeln"?

Dieser bekannte Ausdruck scheint seinem Wortlaut nach auf ein Tier, den Büffel, zu verweisen. Sein Ursprung dürfte aber aus einer anderen Bedeutung hervorgegangen sein. Nach den Forschungen Beckers kommt der älteste Beleg für das Wort „büffeln" in einer Predigt des im 16. Jahrhundert lebenden Predigers Mathesius vor, wo es in bezug auf die Arbeit der Bergleute heißt: „daß mancher oft hart und lang „püffeln" muß, bis er zum Erz gelangt". Nach Grimm bedeutete das Wort „büffeln" in der Schweiz auch „wacker prügeln". Man kann also annehmen, daß das Wort „büffeln" ursprünglich aus dem alten Wort „buffen" oder „puffen", d. h. schlagen oder stoßen, hervorgegangen ist, woraus der Volksmund dann das Wort „büffeln" machte. Wer büffelte, der schlug sich eben mit dem Lernen herum und mußte, ebenso wie der Bergmann das Erz, die Wissenschaft durch unermüdliches „Püffeln" zu erringen suchen.



Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 16,10: Kinderstunde. 16,25: Schallplatten. 17,45: Volkstümliches Konzert. 18.45: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „Carmen".

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 16.15: Schallplatten. 17.15: Vortrag 17.45: Sinfoniekonzert. 18.45: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „Carmen".

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35. 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,55 Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50 Zweites Schallplattenkonzert.
15.20 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Dienstag, 13. Januar. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.35: Kinderfunk. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Unterhaltungskonzert. 17.15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend Stunde der Naturwissenschaften. 17.35: Von der Schule zum Beruf. 18.05: Die Schlesischen Monatshefte im Januar. 18.20: Die kaufmännische Berufsschule. 18.45: Wettervorhersage; anschließend: Konzert auf Schallplatten. 19.30: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Stunde der werktätigen Frau. 20.00: Heimat in Schlesien. 21.00: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 21.10: Tänze. 22.15: Aus Berlin: Politische Zeitungsschau. 22.40: Abendberichte. 22.50: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V. 22.55: Morsekursus für Kurzwellenamateure. 23.10: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 13. Januar, abends ½8 Uhr, findet im Saale des Zentral-Hotels eine Lichtbildervortrag „Italien und seine Seen", statt. Referent: Gen. Dikta. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Bismarckhütte. Am Montag, den 12. Januar 1931, abends um 6½ Uhr, findet im Lokal des Herrn Brzezina ein Vortrag, statt. Referent Koll. Buchwald. Um zahlreichen Besuch aller freien Gewerkschaftler, Partei und Kulturvereine wird ersucht. --

Bismarkhütte. Der Bund für Arbeiterbildung veranstaltet am Sonntag, den 18. Januar 1931, abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Brzezina ein Faschings-Vergnügen. Sämtliche Kulturvereine der freien Bewegung und Gewerkschaftler, sowie Freunde und Bekannte sind hierzu herzlichst eingeladen. Freundschaft.

Schwientochlowitz. Dienstag, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im Lokale des Herrn Bialas, ul. Czarnolesna 25, ein Vortrag des Kollegen Buchwald über Geschichte und Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung statt. Alle Gewerkschaftler, Parteigenossen, sowie Mitglieder der Kulturvereine werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Königshütte. (Vorstandssitzung.) Am Montag, den 12. d. Mts., nachm. 5½ Uhr, Vorstandssitzung. Alle Vorstandsmitglieder werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Königshütte. Am Mittwoch, den 14. d. Mts., abends 7½ Uhr, Vortrag. Dr. Bloch spricht über „Die Grundbegriffe des Sozialismus". Alle Gewerkschafts- und Parteigenossen sind hierzu eingeladen.

Werbet für den „Volkswille"



Von einer Springflut heimgesucht

wurde die Nordküste von Neuguinea. Die Flut erreichte bei einer Breite von 60 Kilometern eine Höhe von zehn Metern und ging über 300 Meter weit in das Land. Unter den verwüsteten Gebieten befindet sich auch der Hafen von Madang, das frühere deutsche Friedrich-Wilhelmshafen.

Versammlungskalender

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Generalversammlung.

Die Bezirksleitung des D. M. V. hat in ihrer Sitzung am 3. Januar d. J. den endgültigen Termin und die vorläufige Tagesordnung festgesetzt.

Nach § 33 findet die diesjährige Generalversammlung für den Bezirk Polnisch-Oberschlesien am 15. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Volkshaus Krol. Huta, ul. 3. Maja 6, statt.

Tagesordnung:

1. Berichte. a) des Bevollmächtigten, b) des Kassierers. c) der Revisoren.
2. Neuwahl der Bezirksleitung und Wahl der Delegierten zu anderen Körperschaften
3. Anträge und Verschiedenes.

Nach dem Bezirksstatut, Art. 6, sind Anträge bis spätestens 1 Woche vorher (7. 2.) bei der Bezirksleitung Königshütte einzureichen. Spätere Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Nach dem Art. 6 des Bezirksstatuts werden in allen örtlichen Leitungen die Generalversammlungen so einberufen und dabei die Wahl der Delegierten vorgenommen, daß spätestns am 9. 2. die Anzahl der Delegierten mit genauer Adresse der Bezirksleitung Königshütte zugestellt ist. Die Wahl findet nach Art. 6, Abs. 2, wie folgt statt: Ortsverwaltungen erhalten auf je 50 Mitglieder je 1 Delegierten, sind 20 weitere Mitglieder vorhanden, dann hat der betreffende Ort das Recht auf Entsendung eines weiteren Delegierten. Die Mitglieder der engeren, erweiterten Bezirksleitung, wie der Bevollmächtigte und Kassierer der örtlichen Leitung haben das Recht auf Teilnahme, ohne besonders gewählt zu werden.

Den Delegierten ist von der örtlichen Leitung ein Mandat, unterschrieben durch den Bevollmächtigten und Kassierer auszuhändigen.

Zutritt zur Generalversammlung kann nur erfolgen nach Vorlegung des Mandats sowie des Ausweises nebst dem Mitgliedsbuch.

Für die Bezirksleitung des D. M. V.
K. Buchwald.

Generalversammlung des Schachbundes.

Am Sonntag, den 18., vormittags um ½10 Uhr, findet die erste Generalversammlung des Bundes im Kattowitzer Zentralhotel statt, zu welcher ein jeder Ortsverein außer zwei Delegierten für den Verein auch auf je fünf angemeldete Mitglieder einen Vertreter zu entsenden hat. Die Tagesordnung umfaßt nachstehende Punkte:

1. Eröffnung,
2. Protokollverlesung,
3. Vorstandsbericht,
4. Revisionsbericht,
5. Entlastung des Vorstandes,
6. Neuwahl des Vorstandes,
7. Referat,
8. Anträge.

Um pünktliches Erscheinen aller Delegierten wird ersucht.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, findet bei Brzezina unsere Generalversammlung der D. S. A. P. statt. An dieser Versammlung steht die Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung, daher ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen, recht zahlreich zu erscheinen. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Schwientochlowitz. („Die Naturfreunde.) Mittwoch, den 14. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. — Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung der Jugendgruppe statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der beiden Versammlungen wird um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht.

Königshütte. (Achtung, Falken!) Nächste Zusammenkunft Dienstag, den 13. Januar, abends 6 Uhr, nicht, wie angegeben, um 4 Uhr, im Büfettzimmer. Freundschaft!

Königshütte. Am Sonnabend, den 17. Januar 1931, abends 7 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Krol. Huta, des Maschinisten- und Heizerverbandes im Saale des Volkshauses ein Faschingsvergnügen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Krol. Huta, sowie der anderen Ortsgruppen und der freien Gewerkschaften, werden mit Ihren Angehörigen dazu herzlichst eingeladen.

Mikolow. Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung der D. S. A. P. bei Janotta. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Bielitz: „Wo die Pflicht ruft!"

Ski-Sektion der „Naturfreunde".

In der nächsten Zeit finden folgende Touren statt:
18. Januar: Kamitzerplatte—Blatnia—Ernsdorf. Treffpunkt: ½8 Uhr Theaterplatz. Führer: Schubert.

Achtung, Arbeiter-Gesangverein!

Am Dienstag, den 13. Januar, findet um 5 Uhr nachm., in der Redaktion der „Volksstimme" eine Gauvorstandssitzung statt. Da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist das vollzählige Erscheinen aller Vorstandsmitglieder erwünscht.
Der Obmann.

Bielitz. (Sozialdem. Wahlverein „Vorwärts".) Mittwoch, den 14. Jänner d. Js., findet um ½7 Uhr abends, im Lokale der Arbeiterkinderfreunde eine Vorstandssitzung statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski. Sp. z ogr. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.